



ROTE HILFE

4. Jg. Nr. 6/7

3. Juli 1976

70 Pfennig

Die Bilanz der SPD-FDP-Regierung

- Aus einer Anzeige der Regierung -



**Innere Sicherheit:
Wir haben nicht nur geredet.**

Wir haben viel dafür getan.

reaktionäre Gesetze

POLIZEIAUFRÜSTUNG

50 Todesschüsse

400 GEWERKSCHAFTSAUSSCHLÜSSE

600 politische Entlassungen

2 000 BERUFSVERBOTE

6 000 verhört

700 000 ÜBERWACHT

?0 000 000 registriert

AUSWEISUNGSBESCHLUSS

Verhindert die Abschiebung der türkischen Patrioten!

Für die 4 türkischen Patrioten Ömer Özerturgut, Hatice Yourdas, Mustafa Tutkun und Yüksel Ugurlu besteht die akute Gefahr, in die Türkei abgeschoben zu werden. Nachdem Richter Somoskeoy sein Urteil schriftlich begründet hat (vgl. S. 2), entschied das Kölner Verwaltungsgericht letzte Woche, daß die Patrioten sofort ausgewiesen werden können und gab damit grünes Licht für ihre Abschiebung in die Türkei. In der Türkei erwartet die Patrioten Kerker, Mißhandlung, möglicherweise sogar der Tod. Die Klassenjustiz, vertreten durch Somoskeoy hat den türkischen Faschisten die Begründung dafür geliefert, denn nach den türkischen Strafgesetzen wird der Besitz marxistisch-leninistischer Literatur und der "Plan des Umsturzes" mit Kerker und Tod bestraft.

Eine breite Solidaritätsfront hat vor Monaten die Freilassung der Patrioten aus jahrelanger Haft erzwungen und ihrer Abschiebung vorläufig einen Riegel vorgeschoben. Die Ausweisung der Patrioten und ihre Auslieferung an die Türkei zu verhindern, muß jetzt das Anliegen aller Demokraten, Antifaschisten und Kommunisten sein.

Obwohl die türkischen Patrioten Anträge auf politisches Asyl gestellt haben, hat die Ausländerbehörde ihre Ausweisung angeordnet. Sie stützte sich dabei auf das reaktionäre Ausländergesetz. Dort heißt es: ein Ausländer, der "aus schwerwiegenden Gründen als eine Gefahr für die Sicherheit anzusehen ist, oder der eine Gefahr für die Allgemeinheit bedeutet, weil er wegen eines besonders schweren Verbrechens rechtskräftig verurteilt wurde" kann ausgewiesen und abgeschoben werden, auch wenn sein Leben oder seine Freiheit wegen seiner politischen Überzeugung bedroht ist. Das Verwaltungsgericht hat entschieden, das "öffentliche Interesse" verlange die

sofortige Ausweisung, denn:

1. die Patrioten sind wegen Unterstützung und Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung verurteilt,
2. sie haben gegen die Ausländergesetze verstoßen (weil sie teilweise, um sich vor einer Auslieferung an die Türkei und vor dem faschistischen türkischen Geheimdienst zu schützen, eine Zeit lang nicht angemeldet waren)
3. Sie sind Sozialhilfeempfänger (Ausländer "dürfen" zwar nach dem Sozialhilfegesetz Sozialhilfe beanspruchen, nach dem Auslän-

Forts. S.4

Polens Arbeiterklasse ballt die Faust

Am 24. Juni versuchte die polnische Regierung unter Gierek ihre Ankündigung vom Parteitag im Dezember 1975 wahr machen: Die Preise für Lebensmittel sollten in gewaltigem Umfang erhöht werden (Fleisch um 70%, Zucker um 100%) um durch verschärfte Ausplünderung der Volksmassen die Zerrüttung der an Moskau ausverkauften Wirtschaft zu bremsen.

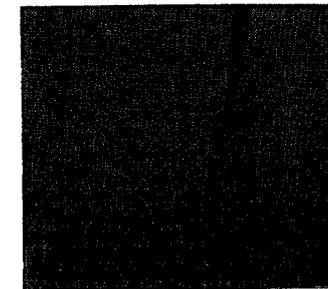
Der Beschluß über diese Preiserhöhung war von Parteiführung und Regierung bereits gefällt worden und vom Parlament billigt. Sie sollen verbunden sein mit der Einführung eines infamen Systems von "Ausgleichszahlungen" zu den Löhnen, wodurch die hohen Einkommen absolut bevorzugt worden wären. Jetzt zu Beginn der Ferienzeit schlen der Gierek-Clique der Zeitpunkt für solche Winkelzüge günstig.

Forts. S.12



Bild: Dezember 1972 - Gomulka ließ Panzer gegen den Aufstand der Arbeiter in Danzig auffahren. Das Vermächtnis der Ermordeten lebt fort!

INHALT



Sieben Jahre SPD/FDP-Regierung - das waren Massenentlassungen und Verschärfung der Arbeitssetze, "Spar"-programme und Lohnraubabschlüsse, über 1 Million Arbeitslose und weitere Zerstörung der Lebensgrundlagen Luft, Wasser, Erde. Und das "Mehr Demokratie wagen" war der Auftakt einer Entwicklung, die Entrechtung, Bespitzelung, Berufsverbote, reaktionäre Gesetze und eine bis an die Zähne bewaffnete Polizei und Bundesgrenzschutz brachte. Diese Leistungen der "Inneren Sicherheit" sind in Europa nur übertroffen von den Faschisten in Spanien und durch die sozialfaschistische Diktatur in der Sowjetunion und im anderen Teil unseres Landes, der DDR. Aber sie reden weiter von "Freiheit", ob SPD, FDP oder CDU/CSU, oder DKP, die uns die "Freiheiten" des sowjetischen Sozialimperialismus bringen will. Unter diesen gibt es kein kleineres Übel! Machen wir ihnen die Rechnung auf! Die Einheitsfront der Arbeiterklasse, das feste Bündnis aller Volkskräfte gegen den Abbau der demokratischen Rechte, gegen die sozialfaschistische und faschistische Gefahr, gegen die Gefahr eines neuen Weltkrieges! Das ist der "Wahlkampf", den die ROTE HILFE führt, den alle Demokraten, Antifaschisten und Kommunisten führen! Die Interessen der Arbeiterklasse und des Volkes, ihr Ziel der nationalen und sozialen Befreiung vertritt die Kommunistische Partei Deutschlands. Kämpft mit der KPD - wählt KPD! FÜR EIN UNABHÄNGIGES, VEREINTES UND SOZIALISTISCHES DEUTSCHLAND!

Sozial-liberale Bilanz: Entrechtung, Unterdrückung, Terror

70

Das HANDGRANATENGESETZ, in Westberlin vom SPD-Senat verabschiedet, bietet die Grundlage für die militärische Bewaffnung der Westberliner Polizei und rechtfertigt den Schusswaffengebrauch durch die Polizei.

In NRW probt die Polizei in der Aktion "Ruhrschiene" das Umstellen und Durchkämmen von ganzen Stadtvierteln

71

Mitten in NRW wird Bundesgrenzschutz stationiert. In Manövern wird die Bekämpfung von "Spannungen in Ballungsgebieten" und der Angriff auf besetzte Fabriken geübt.

72

Januar (1.) Die Polizeifahndung wird bundeseinheitlich auf elektronische Datenverarbeitung umgestellt. Das "Bundeszentralregistergesetz" tritt in Kraft, womit sämtliche strafrechtliche Verurteilungen und Entscheidungen von Verwaltungsbehörden wie Ausweisungen von Ausländern und Berufsverbote zentral zur Überwachung und Erfassung der Bevölkerung registriert werden.

(23.) Die Ministerpräsidenten der Länder beschließen den RADIKALENERLASS. Er ist der Startschuß für Gestattungsschnüffelei und Berufsverbote im Öffentlichen Dienst.

April: Die SPD/FDP-Regierung verkündet ihr "Programm Innere Sicherheit", für das sie im Jahre 1973 insgesamt 785 Mill. DM ausgeben will.

Mai: Das in Kraft tretende BETRIEBSSCHUTZGESETZ gibt den reaktionären Betriebsräten die Möglichkeit, die Entlassung "betriebsstörender Elemente" zu beantragen und durchzusetzen.

(16./17.) Unter dem Vorwand der Bekämpfung von Rauschgift- und Waffenhändlern übt die Hamburger Polizei das Stürmen einer besetzten Fabrik und die Abriegelung und Durchkämmung des Stadtteils Altona, eines alten Arbeiterviertels.

Juni (22) Vorbereitet durch eine gewaltige Hetzkampagne gegen "Terroristen und Chaoten" peitscht die SPD/FDP-Regierung die vier GESETZE ZUR "INNEREN SICHERHEIT" durch:

- das VORBEUGEGAHTGESETZ ermöglicht wie sein faschistisches Vorbild willkürliche Verhaftungen, z. B. bei "Landfriedensbruch" (Demonstrationen)

- das WAFFENGESETZ schränkt den Besitz von Waffen so ein, daß nur noch den Reichen der Waffenbesitz vorbehalten ist

- das VERFASSUNGSSCHUTZGESETZ öffnet der Spitzeltätigkeit Tür und Tor, das Abhören von Telefonen und die Überwachung des Briefverkehrs wird weitgehend legalisiert, in Ausländerorganisationen dürfen Spitzel eingeschleust werden, auch wenn keinerlei Verdacht "strafbarer Handlungen" vorliegt.

- das BUNDESGRENZSCHUTZGESETZ legitimiert die schon gängige Praxis, den Grenzschutz als Bundespolizei einzusetzen, es regelt und legalisiert den Einsatz des Grenzschutzes gegen streikende Arbeiter und Demonstrationen.

September (6) Polizeimassaker während der Olympischen Spiele in München bildet den Auftakt einer terroristischen Verfolgung aller in der BRD und Westberlin lebenden Araber. Tagtäglich werden Nacht- und Nebelverhaftungen und Ausweisungen durchgeführt, ohne daß die Betroffenen die Möglichkeit haben, die ihnen zustehenden Rechte in Anspruch zu nehmen.

Oktober (3) Vorbereitet und begleitet durch eine chauvinistische Hetze gegen Ausländer aus den arabischen Ländern werden die palästinensischen Arbeiter- und Studentenorganisationen GUPA und GUPS verboten.

73

Februar (26) Horst Mahler wird nach viermonatigem Prozeß in Westberlin zu 12 Jahren Gefängnis verurteilt. Urteil und Prozeß sind ein Meilenstein im Abbau der demokratischen Rechte des Volkes: das Gericht von Stacheldraht umzäunt, von Scharfschützen bewacht, die Fenster zugemauert, der Angeklagte im schußsicheren Glaskasten eingesperrt, die Öffentlichkeit durch Kontrollen ausgesperrt und behindert, die Rechte der Verteidiger eingeschränkt, das Urteil allein wegen der revolutionären Gesinnung.

März: beim Bundesamt für Verfassungsschutz wird ein Großreferat "Terrorismus" eingerichtet. Es dient unter betonter Ausschließung der DKP der Bekämpfung von Revolutionären und Kommunisten.

April (9.) Der Vorstand der IG Druck und Papier beschließt, daß klassenbewußte Arbeiter und Mitglieder kommunistischer und revolutionärer Organisationen ohne Anhörung und ohne Verfahren aus der Gewerkschaft ausgeschlossen werden können.

(16.) Der Vorstand der IG Metall folgt dem Beispiel der IG-Druck und Papier-Bonzen (10.) Aus Anlaß der Proteste tausender Antimperialisten gegen den Besuch des Massenmörders und Faschisten Thieu in Bonn und der zeitweiligen Besetzung des Bonner Rathauses inszenieren die bürgerlichen Parteien von SPD bis DKP eine zügellose Hetzerei gegen die KPD und andere revolutionäre Organisationen. Verbotsdrohungen, Durchsuchung von Büros der KPD und der Liga gegen den Imperialismus, Verhaftungen und sechs-monatige U-Haft gegen Uli Kranzschew wegen Beteiligung der Bonner Demonstration sollen jeden fortschrittlichen Menschen einschüchtern und die marxistisch-leninistische Bewegung im Keim ersticken.

Mai: Innenminister Weyer (NRW) verhängt ein generelles Demonstrationsverbot für die KPD und andere revolutionäre Organisationen in NRW, über 700 Menschen werden aus Anlaß einer Demonstration gegen den Besuch des Sozialimperialisten Breschnew in der BRD in Dortmund (19.5.) verhaftet und in einen "Atombunker" gesperrt.

(23.) Erstmals werden in Hamburg die neugebildeten "Mobilen Einsatz-Kommandos" der Polizei eingesetzt. Zwei MEKS, verstärkt durch 500 Polizisten, räumen in der Eckhofstraße ein von Jugendlichen besetztes Haus, schießen mit MP's wie wild um sich, schlagen Hausbesetzer und Unbeteiligte brutal zusammen. Die Polizeigewerkschaft lobt: "Hohes Lob für Planung, hohe Auszeichnung für Durchführung, Dank an alle Beteiligten. Das war ausgezeichnet." Das war ausgezeichnet.

Juli: Innenminister Weyer (NRW) erhält einen Sonderetat von 17,34 Mill. DM zur Ausrüstung der Polizei mit Hubschraubern mit elektrischen Kameras, extra langen Schlagstöcken, Panzerfahrzeugen und Barrikadenräumern. Weyer will damit "Auf-rührern und Terrorbanden schlagkräftiger auf den Pelz rücken". Der Polizeietat von NRW wird für 1973 auf 1075 Mill. DM erhöht - eine Steigerung um 157% gegenüber 1963.

Sommer 73: erstmals setzt eine Polizeieinheit neue Giftstoffe ein. Die Frankfurter Polizei treibt mit CN-Gas ein Straßenfest gegen Mitwucher und Bodenspekulation auseinander.

Bei John Deere(Mannheim), Hella (Lippstadt), Pierburg(Neuf) wird gegen streikende Arbeiter Polizei eingesetzt.

August: Mit brutaler Polizeigewalt werden die großen selbständigen Streiks in NRW niedergeschlagen. Bei FORD/Köln treiben 1000 Polizisten mit unbeschreiblicher Bestialität die Streikenden auseinander, unter Polizeischutz müssen sie wieder an die Arbeit.

September (21.) Innenminister Genscher stellt die GSG 9, seine Anti-Terror-Polizei vor: 115 Freiwillige des Grenzschutzes, für 5 Mill. DM ausgebildet und ausgerüstet mit Spezialschnellfeuerwaffen mit Zielfernrohr und Infra-Rot-Zielgeräten, mit denen man selbst bei Nacht und Nebel Ziele jeder Art auf mehrere 100m treffen kann, gepanzerte Schnellfahrzeuge, Spezialhubschrauber. Innerhalb von 15 Minuten ist die GSG 9 in jeden Teil der BRD abrufbar.

Oktober (3) Die DGB-Führung fordert alle Gewerkschaften auf, die UNVEREINBARKEITSBESCHLÜSSE anzuwenden.

(7) Innenminister Schieß (Baden-Württemberg) gibt Anweisung an die Polizei, gegen Arbeiter, die sich an "wildem" Streiks beteiligen, zu ermitteln und nach "Rädelführern" zu forschen.

Dezember: Anläßlich der "Ölkrise" wird erneut eine zügellose chauvinistische Hetze gegen Ausländer inszeniert. Mit der Begründung, daß "eine Belastung der außenpolitischen Beziehungen zum Iran zu befürchten" seien, werden Demonstrationsverbote gegen die CIS(NU) in Köln (1.12.) und Frankfurt (9.1.74) erlassen - auf direkte Anweisung der SPD/FDP-Regierung.

74

Mai - August: Zwölf Polizeimorde sind das Ergebnis der Auf- und Ausrüstung der Polizei, u.a. werden der Kommunist Günther Routhier, Günther Jendrian, Hans-Jürgen Remiszko, Blasius Hoffmann und Emilio Gonzales getötet, der Türke Danis Neset von Faschisten erschlagen, ohne daß die Polizei eingreift.

Juli-August: Mindestens 25 Beschlagnahmebeschlüsse gegen revolutionäre Zeitungen wegen der Berichte über die Polizeimorde.

November (9.): Klassenjustiz und Strafvollzugsbehörden lassen Holger Meins, Mitglied der RAF verhungern. Protestdemonstrationen werden verboten oder von der Polizei auseinandergetrieben.

Dezember: Unter dem Vorwand der "Terroristenbekämpfung" wird im Bundestag das VERTEIDIGERAUSSCHLUSSGESETZ durchgepeitscht, das den Gerichten ermöglicht, Verteidiger von Prozessen auszuschließen und das die "Verteidigung mehrerer Beschuldigter durch einen gemeinschaftlichen Verteidiger" verbietet. Das Gesetz tritt am 1.1.75 in Kraft. Zugleich wird den Gerichten die Möglichkeit längerer und schärferer Ordnungsstrafen gegeben.

75

Februar (20): In Frankfurt werden die türkischen Patrioten Dagylı und Subasi von der Anklage wegen § 129 ("kriminelle Vereinigung") freigesprochen. In dem mehrwöchigen Prozess kam die enge Zusammenarbeit zwischen Bundeskriminalamt und dem faschistischen türkischen Geheimdienst MIT in der Bekämpfung von Revolutionären offen zu Tage. Ihr Komplott gegen die beiden Angeklagten scheiterte.

Frühjahr: bei den Betriebsrätewahlen werden ca 70 Betriebsratskandidaten entlassen, weil sie als Kommunisten oder oppositionelle Gewerkschafter ihr demokratisches Recht auf Kandidatur wahrnahmen. Über 400 Gewerkschafter werden aus den Gewerkschaften ausgeschlossen oder mit Ausschluss bedroht, weil sie zu den Wahlen mit einem klassenbewußten Programm gegen die Politik der Klassenversöhnung antraten.

Mai (12/13.) Ein brutaler Polizeieinsatz schlägt den Streik von 150 vorwiegend türkischen Arbeitern bei Dynamit-Nobel in Fürth nieder. Mehrere Dutzend türkischer Arbeiter werden verhaftet und sofort in ihre Heimat abgeschoben.

(22) Das Bundesverfassungsgericht schränkt mit seinem Urteil zur Beschäftigung "Radikaler" im Öffentlichen Dienst den Verfassungsartikel wesentlich ein, nach dem niemand wegen seiner Rasse, Religion und politischen Anschauung im Beruf behindert werden darf.

Juli (25.) Mit der Ergänzung des Gesetzes zur Beschlagnahme eines Druckwerkes erhält die Staatsanwaltschaft die Möglichkeit, für Monate Presseerzeugnisse zu beschlagnahmen, ohne daß ein Gericht darüber entscheidet.

76

Januar (16) Einstimmig verabschiedet der Bundestag die 13./14. Strafrechtsänderung mit dem GEWALT-PARAGRAPHEN 88 a und 130 a. Damit wird die Propagierung des Marxismus-Leninismus, die Verteidigung und Unterstützung der gerechten Gewalt des Volkes unter Strafe gestellt.

(30) In Köln werden die vier türkischen Patrioten Tutkun, Urgurlu, Özturgut und Hatice Yourtas von dem berichtigten Richter Somoskoey nach 4 1/2 monatigem Prozeß zu insgesamt 7 Jahren und 3 Monaten Gefängnis verurteilt. Angeklagt wegen Bildung einer "kriminellen Vereinigung" wurden sie allein wegen ihrer Gesinnung verurteilt. Einzige Beweismittel: Schriften von Lenin und Mao Tsetung sowie Handbücher über Widerstandskampf. Prozess und Urteil sind eine praktische Vorwegnahme des neuen Gewaltparagrafen 88a.

Februar (12.) Verabschiedung des STRATVOLLZUGSGESETZES. Großtönig als "Reform" gepriesen legalisiert sie Praxis der Entrechtung in den Gefängnissen: Einschränkung der Besuchsrechte, Isolation, Beschneidung der Presse- und Informationsfreiheit.

März: Die Westberliner Polizei kontrolliert bei Verkehrskontrollen die Personalien aller Autoinsassen und erfaßt sie über einen zentralen Computer.

Zu seinem 25jährigen Jubiläum kann das Bundeskriminalamt feststellen, in den letzten Jahren die "modernste Polizeitruppe in der Welt" aufgebaut zu haben.

April (6.) Die Staatsschutzkammer in Westberlin verurteilt den Vorsitzenden der KPD in Westberlin und einen Roten Heller zu 1 Jahr bzw. 9 Monaten Gefängnis ohne Bewährung wegen "Zersetzung" der Polizei. Sie waren presserechtlich für Flugblätter verantwortlich bzw. verteilten diese vor Polizeikasernen, forderten die Polizisten auf, sich nicht gegen die Interessen der Bevölkerung für eine bessere medizinische Versorgung einsetzen zu lassen.

Mai (14.) Der Bundesgrenzschutz mit einer Stärke von 21 000 Mann wird endgültig zur Polizeitruppe des Bundes.

In mehreren Städten wird Polizei gegen streikende Druckarbeiter eingesetzt, die die Auslieferung von "Notausgaben" bestreikter Zeitungsverlage verhindern wollen.

Juni (11.) Die Innenminister der Länder legalisieren die schon gängige Polizeipraxis des TODESSCHUSS. Polizeilicher Schießwut wird nun der Freibrief erteilt. Gleichzeitig wird festgelegt, daß Maschinengewehre gegen Demonstrationen und alle, die sich in der Nähe von Demonstrationen aufhalten, eingesetzt werden dürfen.

(24.) In Niedersachsen wird das VERFASSUNGSSCHUTZGESETZ verabschiedet, es verpflichtet alle Behörden, Informationen an den Verfassungsschutz weiterzuleiten. Der Verfassungsschutz selbst darf jederzeit auch "nicht-staatliche" Stellen über seine "Erkenntnisse" informieren. Dieses Gesetz reicht weiter als das Gestapo-Gesetz von 1933.

(24) "ANTI-TERROR-GESETZE" im Bundestag verabschiedet. Eingeführt wird - § 129a "terroristische Vereinigung", das sich gegen revolutionäre Organisationen richtet, mit neuer Vorbeugehaft bei Verdacht nach § 129a - beschränktes Berufsverbot für Verteidiger - Überwachung des Briefverkehrs zwischen Verteidigern und inhaftierten Mandanten

Die Solidaritätsfront mit dem Genossen Mahler erstarkt!

Der Bund Deutscher Pfadfinder - Landesverband Berlin - begrüßt die Initiative, mit Hilfe der Strafanzeige gegen Karl-Heinz Ruhland eine Revision des Prozesses gegen Horst Mahler zu erreichen. . . nicht deshalb, weil es um eine Solidarisierung mit evtl. ehemaligen Angehörigen der "Roten Armee-Fraktion" ginge, deren Politik wir scharf kritisieren und ablehnen, sondern weil wir dafür eintreten, daß Horst Mahler einen Prozeß erhält, frei von Falschaussagen und aufgebaute Kronzeuge.

gez.: Ulf Hoffmeyer-Zlotnik
1. Vorsitzender

6 000 UNTERSCHRIFTEN ZUR UNTERSTÜTZUNG DER STRAFANZEIGE SEIT DEM 26. 5. 76 VOR BETRIEBEN, IN ARBEITER- VIERTELN, AUF VERANSTALTUNGEN - 4173,50 DM SPENDEN AUF DER VERANSTALTUNG AM 26. MAI IN WESTBERLIN

Mit der Übergabe der Strafanzeige gegen den Kronzeugen Ruhland bei der Westberliner Staatsanwaltschaft ist der erste Schritt im Kampf um die Wiederaufnahme des Verfahrens gegen Horst Mahler gemacht worden. Am 26. Mai 1976 übergab eine Delegation, u. a. Prof. Dr. G. Bauer, Mitglied des Komitees "Freiheit für Horst Mahler", der Bruder des Genossen Horst Mahler, Peter Mahler, sowie Vertreter der ROTEN HILFE und der KPD, die Strafanzeige. Nahezu 2000 Menschen aus Westberlin und der BRD kamen zu der anschließenden Veranstaltung des Komitees "Freiheit für Horst Mahler" in die "Hasenheide", 1000 Genossen und Freunde schlossen sich dem Aufruf der ROTEN HILFE an, die am folgenden Tag eine Demonstration und Kundgebung vor dem Gefängnis Tegel durchführte. Fast 100 Persönlichkeiten unterzeichneten die Strafanzeige, sie wandten sich gegen das "Fehlurteil von Moabit", gegen die "Rechtsbeugungen" und gegen den wachsenden Abbau der demokratischen Rechte in der BRD und Westberlin. Sie solidarisierten sich mit diesem Schritt und reihten sich in die breite Front derjenigen ein, die für die Freiheit des Genossen Mahler kämpfen, die sich aktiv für die Wiederaufnahme des Verfahrens einsetzen.

Die Justiz wird durch weitere Rechtsbrüche, durch verfahrensmäßige Tricks die Strafanzeige abzuwürgen versuchen. Denn sie weiß genau, daß eine Verurteilung Ruhlands nicht nur das Westberliner Kammergericht trübe, sondern ein schwerer Schlag gegen die bürgerliche Klassenjustiz bedeutet und ein großer Sieg der demokratischen Kräfte in unserem Land.

Auf vielen Veranstaltungen wurden Solidaritätsresolutionen verabschiedet. Die Genossen der ROTEN HILFE in München konnten 110 Rote-Hilfe-Zeitungen mehr verkaufen. Briefe an die Zentrale der ROTEN HILFE, in denen Arbeiter und Werktätige ihre Solidarität bekundeten, in denen sie mit Freude feststellten, daß die ROTE HILFE so entschlossen den Kampf führt, zeigen, daß der Kampf um die Freiheit von Horst Mahler immer mehr Menschen erfaßt.

Die Arbeiter wissen, wer Horst Mahler ist, viele wissen, daß die Bundesregierung die "Terroristen" als Vorwand benützt, um ihre arbeiterfeindlichen Maßnahmen durchzusetzen, sie wollen wissen, warum sich Horst Mahler den Revolutionären angeschlossen hat, sie solidarisieren sich mit ihm, weil sie seinen Schritt an die Seite der Arbeiterklasse anerkennen und ihn als einen der ihren betrachten. Immer wieder kam es vor den Betrieben zu lebendigen Diskussionen mit Arbeitern über die wachsende politische Unterdrückung in der BRD und Westberlin. Immer wieder wird von der DDR gesprochen und der noch schärferen Unterdrückung dort - und daß das keine Alternative ist. Der ganze Spuk der "Terroristenbekämpfung", den die Schmidt-Genscher-Regierung zur Rechtfertigung ihrer reaktionären und schon faschistischen Maßnahmen zu verbreiten sucht, er zieht nicht mehr. Die Arbeiter wissen, daß eine kleine Gruppe von Anarchisten nicht die Gesellschaft aus den Angeln heben kann, daß sie in Wirklichkeit keine Bedrohung darstellen, sie wissen, gegen wen sich die Reaktion richtet.

Die ROTE HILFE steht erst am Anfang der Solidaritätskampagne. Aber die letzten Monate haben gezeigt, wenn die ROTE HILFE weiter entschiedenen den Kampf führt, dann wird eine mächtige Bewegung entstehen, dann wird der Kampf um die Freilassung des Genossen Horst Mahler eine scharfe Waffe im Kampf gegen die bürgerliche Klassenjustiz und im Kampf für die Freilassung aller politischen Gefangenen! Schreibt Genossen Horst Mahler!

Adresse: Seidelstr. 39, 1 Berlin 27
Wendet Euch an die ROTE HILFE!
Fordert Propagandamaterial an, verbreitet es in Betrieb und Gewerkschaft, Schule und Hochschule sowie unter Freunden und Bekannten!
SOLIDARITÄT HILFT SIEGEN -
SCHAFFT ROTE HILFE!

Heinz Brandt, ehemaliger Redakteur der IG Metall-Zeitung

Ich unterstütze vollinhaltlich die Initiative von Pastor Heinrich Albertz, der sich für die Freilassung von Horst Mahler und ein Wiederaufnahmeverfahren einsetzt. Ich halte die Begründung, die Herr Albertz - laut 'Berliner Morgenpost' vom 21.2.76 - für seine Forderung gibt, zutreffend. Das nun über fünf Jahre zurückliegende Urteil gegen Horst Mahler erscheint mir im Strafmaß und der Urteilsbegründung ("Wahrscheinlichkeiten", "Lebensführung" ect.) als ausgesprochenes Fehlurteil, der Hauptbelastungszeuge (Ruhland) als extrem unglaubwürdig. Das Rechtsprinzip "Im Zweifel für den Angeklagten" blieb unberücksichtigt. Ich verweise in diesem Zusammenhang auch auf das Kontrast-Bild des Maidanek-Prozesses. Die tausendfachen Massenmörder laufen frei herum und können den geachteten Bürger spielen. Beim geringsten Welkwehen werden sie - soweit überhaupt in Haft - für halbtunfähig erklärt und ins Ausland freigelassen. Nach der langen und schweren Haft, die Horst Mahler bereits hinter sich hat, ist seine sofortige Freilassung vonnöten, desgleichen die rasche Anberaumung eines Wiederaufnahmeverfahrens. Fluchtgefahr besteht offensichtlich nicht, da Horst Mahler sich aktiv politisch im Sinne seiner Partei (KPD) betätigen will, deren Auffassungen ich nicht teile, deren Tätigkeit aber meines Wissens legal erfolgt und nicht verboten ist. Horst Mahler hat einen politischen Entwicklungsprozeß hinter sich: Er hat sich selbstkritisch und offen von jeglicher abenteurerlichen, terroristischen Tätigkeit losgesagt, die nur der Reaktion zugute kommt; ich zweifle nicht an seiner Aufrichtigkeit. Er hat dafür übrigens einen handfesten - mich wegen seiner moralischen Kraft tief beeindruckenden - Beweis geliefert: Er hat auf seine Freilassung verzichtet, weil er aus voller Überzeugung die Geiseltat ablehnte. Seine weitere Einkerkung bedeutet nicht Recht, sondern Rache.

gez.: Heinz Brandt

Ich begrüße, daß nun die Strafanzeige gegen Ruhland vorliegt. Ich habe sie mit anderen, die eine Wiederaufnahme des Verfahrens gegen Horst Mahler erreichen wollen, unterschrieben. Ich hoffe, daß die Staatsanwaltschaft der Anzeige schnell und gründlich nachgeht. Presse und Rundfunk werden dabei helfen können, daß das öffentliche Interesse an dem Vorgang im ganzen nicht erlahmt.

gez.: Albertz
(diese Erklärung von Pfarrer Heinrich Albertz wurde am 26. Mai der Presse übergeben)

Sehr geehrter Dr. Bauer!

Angeschlossen ist das unterschriebene Dokument, welches Sie mir dieser Tage gaben und kurz erläuterten. Ich habe also Ihrer Bitte entsprochen, obwohl persönliche oder politische Beziehungen meinerseits zu dem Mann, um den es geht, nicht bestehen. Und zwar durch den Grund, daß ich mich nicht versagen möchte, wenn es um die Aufhebung bzw. Revision eines schwerwiegenden Justizirrtums geht. Leute in unabhängiger Stellung wie ich es bin, sind in solchem Fall zuerst gefordert. Zu fragen vermag ich bei Ihrem Besuch der eventuellen finanziellen Implikationen der Mitunterzeichnung, denn gerichtliche Schritte, wie immer sie ausgehen, pflegen ihre Kosten zu haben, zumal die durch die Anzeige betroffenen Personen von Stellen, die das Äußerste unternehmen werden, um ihren Mann vor einer Verurteilung zu bewahren. Mit bis zu hundert Mark bin ich bereit, mich zu beteiligen. Ich füge heute einen Scheck über DM 50,- auf Ihren Namen bei. Wenn ich, wie Sie zusagten, noch eine Ausfertigung der Anzeige erhalten würde, um gerüstet zu sein auf eventuelle Nachfragen, Erörterungen in der Öffentlichkeit usw., so wäre ich dankbar.

Mit den besten Grüßen und Wünschen in der ganzen Sache.

Kirchenrat Dr. Christian Berg

Rede von Eduard Bäumer, Mitglied der Humanistischen Union in Berlin:

Horst Mahler war Mitglied der RAF. Er hat es nie geleugnet. Horst Mahler war für Gegengewalt gegen die Gewalt dieses Staates. Er hat es nie abgestritten. Hierüber hatten seine Richter zu urteilen. Aber darüber hinaus bei dem Urteil sich auf zweifelhafte, widersprüchliche und widerlegbare Aussagen eines zweifelhaften Zeugen zu stützen und aus der Zugehörigkeit zur RAF einfach auf die Beteiligung an einem Bankraub zu schließen, ohne das Eingeständnis Horst Mahlers oder einen schlüssigen Beweis hierfür zu besitzen, macht dieses Urteil zu einem Fehlurteil. Im deutschen Recht gilt der Satz:

Im Zweifel für den Angeklagten

und nicht: Mitgefangen, mitgehangen.
Aus diesem Grunde unterstützt die Humanistische Union, Landesverband Berlin, mit Zustimmung der Gesamtorganisation diese heute der Staatsanwaltschaft übergebene Anklage gegen Ruhland. Gerechtigkeit für Horst Mahler ist unsere Forderung. Denn das Unrecht, das einem unter uns geschieht, ist eine Drohung und wird zu einer Bedrohung für uns alle.

Schon Alltag des Moabiter Gerichtes: Barrikaden, Mauer, Stacheldraht - hier beim Eintritt der Delegation, die am 26. 5. die Strafanzeige gegen Ruhland einreichte (im Bild: Prof. Dr. Julius Posener und Prof. G. Bauer)

Mit der Übergabe der Strafanzeige ist der Kampf nicht beendet, er beginnt. Die ROTE HILFE unterstützt das Komitee in seinen unermüdelichen Anstrengungen, die demokratischen Kräfte des In- und Auslandes für die Wiederaufnahme des Verfahrens zu gewinnen. Gestützt auf die Arbeiterklasse, durch ihre breite Solidarität unterstützt sie das Komitee. Seit dem 26. Mai wurden vor zahlreichen Betrieben und in Arbeitervierteln zehntausende Flugblätter und Solidaritätsresolutionen verbreitet. In 2 1/2 Wochen konnten nahezu 6000 Unterschriften gesammelt werden, bei Höchst/Hessen 35 vor dem Betriebstor. Mit Wandzeitungen und Stelltafeln zogen ROTE HELFER durch die Arbeiterviertel und vor die Betriebe.

300 Teilnehmer des Pfingstkongresses des "Sozialistischen Büros" in Frankfurt unterzeichneten die Resolution zur Unterstützung der Strafanzeige. Hier ein Informationsstand der RH.



INTERNATIONALE SOLIDARITÄT

Köln, 28.6.76

Kamerad Horst Mahler!
.. Jetzt wissen eine sehr breite Öffentlichkeit in der BRD, daß dieses Urteil an Hand von gewissen "Zeugen" gefällt worden war. Damit dieses Urteil widerrufen wird, Sie noch mal vors Gericht gestellt und Ihre Freiheit wieder erlangen werden, führen die Solidaritätsorganisationen in der BRD eine breite Kampagne. Wir Revolutionäre aus der Türkei unterstützen diese Kampagne ebenfalls. Falls eine neue Aufnahme der Gerichtsverhandlungen ermöglicht wird, wünschen wir von ganzen Herzen, daß Sie freigesprochen werden. . .
Als das Letzte müssen Sie auch wissen, daß Sie dort niemals allein sind. Alle Genossen und Freunde sind immer mit und bei Ihnen! Wir hoffen, daß Sie im Klassenkampf und in der Revolution beharren, Ihre Schwächen beseitigen, Ihre Fähigkeiten weiterentwickeln und dem deutschen Proletariat und den Völkern der Welt noch sehr lange Jahre Ihre Dienste leisten werden.

Mit kameradschaftlichen Grüßen
Ömer Özerturgut, Mustafa Tutkun,
Hatice Yurtadas, Yüksel Ugurlu

Vor zehn Jahren wurde unter der persönlichen Leitung unseres großen Führers, des Vorsitzenden Mao, das Rundschreiben des ZK der KP Chinas vom 16. Mai verfaßt. Dieses glänzende marxistische Dokument war das Startsignal zur Großen Proletarischen Kulturrevolution und hat ihr den Weg zum Sieg gewiesen. Heute, da der Kampf zur Kritik an Deng Hsiao-ping und gegen den rechten Wind, der die bereits gefällten, richtigen Urteile umzustößen sucht, von großen Siegen gekrönt ist, feiern wir begeistert den 10. Jahrestag der großen Kulturrevolution und studieren erneut das Rundschreiben. Dadurch erkennen wir noch gründlicher die Notwendigkeit und die tiefgehende Bedeutung dieser Revolution und sind in der konsequenten Weiterführung der Revolution unter der Diktatur des Proletariats erst recht zuversichtlich.

Das Rundschreiben entstand im heftigen Kampf des proletarischen Kommandostabs mit dem Vorsitzenden Mao an der Spitze gegen das bürgerliche Hauptquartier mit Liu Schao-tschis als seinem Anführer. Es hat Liu Schao-tschis konterrevolutionäre revisionistische Linie gründlich kritisiert. Es zeigte das reaktionäre Wesen der „Februarthesen“ auf und widerlegte die gegen die große Kulturrevolution gerichteten Absurditäten der kapitalistischen Weg gehenden Parteimachthaber. Es wappnete die ganze Partei mit der marxistisch-leninistischen Theorie über den Klassenkampf und die Diktatur des Proletariats und rief uns auf, die Repräsentanten der Bourgeoisie innerhalb der Partei bloßzustellen und zu kritisieren und jenen Teil der Führungsmacht, den sie usurpiert hatten, zurückzuerobern. Die Ausarbeitung des Rundschreibens bedeutete zugleich den Bankrott der „Februarthesen“. Von da an entfaltete sich schwingungsvoll die Große Proletarische Kulturrevolution.

Der Vorsitzende Mao stellte fest, daß „es ohne die Durchführung der Großen Proletarischen Kulturrevolution nicht geht“. Diese große Revolution, die lange vorbereitet wurde, war das notwendige Ergebnis des scharfen Kampfes zwischen den zwei Klassen, zwei Wegen und zwei Linien. Jahrelang suchten der Renegat, versteckte Kollaborateur und Arbeitverräter Liu Schao-tschis und seinesgleichen ziellos eine konterrevolutionäre revisionistische Linie durchzusetzen und gingen halsstarrig den kapitalistischen Weg. Sie faszelten die kapitalistische Ausbeutung hätte „ihre Verdienste“. Sie behaupteten, man müßte „die neudemokratische Ordnung festigen“. Sie hatten zahlreiche landwirtschaftliche Genossenschaften zur Auflösung gezwungen und versuchten, das „San Dsi Yi Bao“ durchzusetzen, Sie machten große Reklame für die reaktionären Filme „Die geheime Hofgeschichte der Tjing-Dynastie“ und „Das Leben Wu Hsüns“. Sie stellten sich der Kritik an dem Theaterstück „Hai Jui wird seines Amtes enthoben“ entgegen. Sie arbeiteten also an allen Fronten mit aller Kraft gegen die revolutionäre Linie des Vorsitzenden Mao. Eine Zeitlang hatte das bürgerliche Hauptquartier Liu Schao-tschis die Führungsmacht in der Partei, in der Kultur- und Propagandarbeit sowie in vielen Lokalbehörden inne. In den ideologisch-kulturellen Sektoren, die von ihnen beherrscht waren, wucherten Kapitalismus und Revisionismus. Ungehener und Dämonen kamen in Scharen aus ihren Löchern und durchtränkten Presse, Rundfunk, Verlagswesen und verschiedene Literatur- und Kunstwerke mit ihrem verberlichen Gift.

* Mit den „Februarthesen“ sind die „Thesen des Berichts der für die Kulturrevolution verantwortlichen Fünfer-Gruppe über die gegenwärtige akademische Diskussion“ gemeint, am 12. Februar 1968 zur Verbreitung in der ganzen Partei bestelligt von konterrevolutionären Revisionisten Fung Deschen, der sich betrügerischer Methoden bediente, eigenmächtig agierte, seine Funktion mißbrauchte und vorgab, im Namen des Zentralkomitees zu handeln. Diese Thesen bekämpften das Zentralkomitee der sozialistischen Revolution, traten der vom Zentralkomitee der Partei mit Genossen Mao Tschung an der Spitze ausgearbeiteten Linie für die Kulturrevolution entgegen, griffen die proletarische Linke an und nahmen die bürgerlichen Rechten in Schutz, um die öffentliche Meinung auf die Restauration des Kapitalismus vorzubereiten. Sie waren ein Ausdruck bürgerlicher Ideologie in der Partei und dabei durch und durch revisionistisch.

** „San Dsi Yi Bao“ bedeutet Erweiterung des Bodens für private Nutzung, Ausweitung der freien Märkte und Verneinung der für Gewinn und Verlust allein verantwortlichen Kleinbetriebe sowie Festlegung des Produktionszolls auf ein zehntelwirtschaftsgrundlegend.

PEKING RUNDSCHAU

Der Glanz der grossen Kulturrevolution ist unauslöschlich

Die ernste Situation einer Diktatur der Bourgeoisie über das Proletariat entstand in manchen Bereichen des Überbaus. Liu Schao-tschis und Konsorten förderten auf jede erdenkliche Weise den materiellen Anreiz und befürworteten „Prämien haben Vorrang“, womit sie die Massen auf den kapitalistischen Weg zu locken suchten. Die Führungsmacht in der beträchtlichen Mehrzahl der Fabriken und Betriebe lag nicht in den Händen echter Marxisten und der Arbeitermassen. Unsere sozialistische ökonomische Basis war nicht solide. Ohne die große Kulturrevolution wäre es nach nicht allzulanger Zeit unvermeidlich zu einer landesweiten konterrevolutionären Restauration gekommen, wäre unsere Partei zu einer revisionistischen Partei entartet, hätte das ganze Land die Farbe gewechselt.

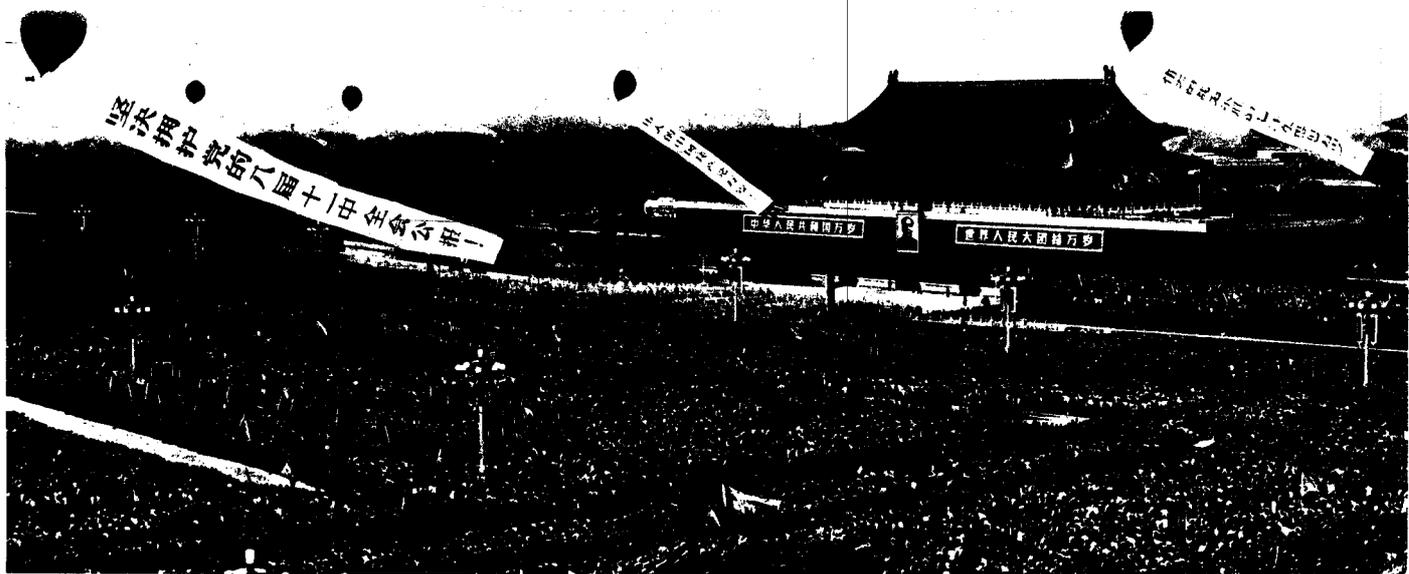
Mit dem Scharfblick eines großen Marxisten-Leninisten hat der Vorsitzende Mao rechtzeitig die ernste Gefahr erkannt, daß die Parteimachthaber auf dem kapitalistischen Weg die Diktatur des Proletariats stürzen könnten. In dem Rundschreiben stellte der Vorsitzende Mao fest: „Die Repräsentanten der Bourgeoisie, die sich in die Partei, in die Regierung, in die Armee und in die verschiedenen Bereiche der Kultur eingeschlichen haben, sind ein Haufen von konterrevolutionären Revisionisten; in dem Moment, da die Bedingungen dafür reif sind, werden sie die politische Macht an sich reißen und die Diktatur des Proletariats in die Diktatur der Bourgeoisie umwandeln.“ Im Kampf zur Abwehr des Windes von rechts stellte der Vorsitzende Mao wieder fest: „Man macht die sozialistische Revolution und weiß nicht, wo die Bourgeoisie sitzt; sie sitzt mitten in der Kommunistischen Partei — es sind die Parteimachthaber, die den kapitalistischen Weg gehen. Die Machthaber auf dem kapitalistischen Weg gehen diesen Weg noch.“ In diesen wichtigen Weisungen hat der Vorsitzende Mao die Änderungen im Klassenverhältnis und die Besonderheiten des Klassenkampfes in der sozialistischen Periode eingehend analysiert. Er hat die wissenschaftliche These aufgestellt, daß die Bourgeoisie mitten in der Kommunistischen Partei sitzt, hat damit den Marxismus-Leninismus weiterentwickelt und uns für die Weiterführung der Revolution unter der Diktatur des Proletariats noch klarer die Richtung gewiesen.

In den vergangenen zehn Jahren haben wir gegen Liu Schao-tschis, Lin Biao und Deng Hsiao-ping gekämpft. All diese Kämpfe haben bewiesen, daß in der Kommunistischen Partei tatsächlich Bourgeoisie existiert. Die Parteimachthaber auf dem kapitalistischen Weg bilden die Hauptkraft der Bourgeoisie in ihrem Kräfteverhältnis mit dem Proletariat und bei ihrer Bemühung um die Restauration des Kapitalismus. Der entscheidende Punkt ist, daß diese den kapitalistischen Weg gehenden Leute Machthaber sind, die sich in die Organe der Diktatur des Proletariats eingeschlichen haben. Die Anführer der revisionistischen Linie wie Liu Schao-tschis, Lin Biao und Deng Hsiao-ping verfügten über einen sehr großen Teil der Machtbefugnisse in Partei- und Staatsführung. Solche Leute sind also in der Lage, Werkzeuge der Diktatur des Proletariats in solche der Diktatur über das Proletariat zu verwandeln. Aus diesem Grund sind ihre

Versuche, den Kapitalismus zu restaurieren, noch gefährlicher als die der Bourgeoisie außerhalb der Partei. Sie können unter Mißbrauch ihrer Machtbefugnisse Kapitalulanten und Verräter heranziehen, Cliquen für ihre selbstsüchtigen Interessen bilden und auf diese Weise ein bürgerliches Hauptquartier aufrichten; sie können von oben nach unten eine revisionistische Linie ausarbeiten und durchzusetzen suchen. Sie können das bürgerliche Recht stärken und es selbst ausweiten, ihre eigenen Interessen, nämlich die von „hohen Beamten“, die den Revisionismus praktizieren, schützen, in großem Ausmaß gesellschaftliche Reichtümer an sich reißen und verschwenden, sich mit allen Mitteln in kapitalistische Aktivitäten einlassen und die sozialistischen Produktionsverhältnisse zersetzen und zerstören. Unter dem Deckmantel des Marxismus-Leninismus und alle möglichen Fährten schwenkend, können sie jene Menschen, die sich über den wahren Sachverhalt nicht im klaren sind und ein geringeres politisches Bewußtsein haben, eine Zeitlang hinteres Licht führen, so daß diese ihrer revisionistischen Linie folgen. Kurz gesagt, diese Leute sind politische Repräsentanten der Bourgeoisie. Im Kräfteverhältnis aller gesellschaftlichen Kräfte und Gruppen, die sich der sozialistischen Revolution widersetzen, die dem Aufbau des Sozialismus feindlich gesinnt sind und ihn zu untergraben versuchen, mit dem Proletariat sind sie ihre Rädelführer.

Der oberste besserungsunwillige Parteimachthaber auf dem kapitalistischen Weg Deng Hsiao-ping war eben der Rädelführer bei der Anfandung des rechten Windes zur Revision der gefällten richtigen Urteile, jenes rechten Windes, der im konterrevolutionären politischen Zwischenfall auf dem Tiananmen-Platz seinen Höhepunkt erreichte. Vor der großen Kulturrevolution war er die Nr. 2 des bürgerlichen Hauptquartiers Liu Schao-tschis gewesen. Die große Kulturrevolution hat die beiden bürgerlichen Hauptquartiere um Liu Schao-tschis bzw. Lin Biao zerschlagen. Deng Hsiao-ping, von den Massen kritisiert, erging sich in Beteuerungen und Versprechungen wie: Er bereue zutiefst und werde sich bessern; nie werde er das gefällte richtige Urteil umstoßen usw. usf. Aber kaum hatte er seine Arbeit wiederaufgenommen und wieder große Macht in Händen, ließ er die Maske fallen. Mit zehnfachem Haß und hundertfacher Wut erweiterte er all seine konterrevolutionären politischen Kampferfahrungen, um mit Hilfe eines Programms und einer beeinflussten öffentlichen Meinung einen organisierten und planmäßigen Angriff auf die Partei zu starten, dessen Sperrpitze gegen unseren großen Führer Vorsitzenden Mao gerichtet war.

„Die drei Weisungen als das Hauptkettenglied betrachten“, das war das politische Programm Deng Hsiao-pings zur Revision der gefällten richtigen Urteile und zur Restauration des Kapitalismus. Dieses revisionistische Programm propagierte die Theorie vom Erlischen des Klassenkampfes und die Theorie des Primats der Produktivkräfte, lehnte ab, den Klassenkampf als das Hauptkettenglied zu betrachten, und negierte die grundlegende Linie der Partei und die Notwendigkeit der großen Kulturrevolution. Deng Hsiao-ping versuchte ver-





**DER GLANZ DER GROSSEN
KULTURREVOLUTION
IST UNAUSLÖSCHLICH**

geblich, es als „allgemeines Programm für jede Arbeit“ für eine lange Periode der ganzen Partei und dem Volk des ganzen Landes aufzuzwingen und damit einen allseitigen Restauration des Kapitalismus den Weg zu bahnen.

„Die ideologischen Positionen erobern“ — dies war ein Schachzug Deng Hsiao-pings, um eine öffentliche Meinung für die geplante Revision der gefällten richtigen Urteile und für die Restauration des Kapitalismus zu schaffen. Nachdem er wieder an die Macht gekommen war und da besonders seit letztem Juli, August und September, kursierten in der Gesellschaft politische Gerüchte und allerlei unsinnige Geschichten. Sie alle hatten Deng Hsiao-ping zu ihrem Urheber, wurden von Dengs Gerüchteagentur fabriziert. Diese Leute benutzen allerlei niederrangige Mittel, um eine konterrevolutionäre öffentliche Meinung zu erzeugen, die Menschen zu verwirren, Zwietracht zu säen. Sie richteten die Speerspitze ihres Angriffs gegen das ZK der Partei mit dem Vorsitzenden Mao an der Spitze und führten die Werbeträger für Deng Hsiao-ping, um ihm den Weg zur Usurpation der ganzen Macht in Partei- und Staatsführung zu ebnen.

„Zunächst und vor allem die führenden Gremien in die Hand bekommen“ — das war Deng Hsiao-pings organisatorische Maßnahme zur Revision der gefällten richtigen Urteile und zur Restauration des Kapitalismus. Er widersetzte sich der Dreierverbindung in den revolutionären Führungsgruppen. Er attackierte und verdrängte die alten, mittelaltigen und jungen Kader, die an der revolutionären Linie des Vorsitzenden Mao festhielten, sammelte besserungsunwillige, den kapitalistischen Weg gehende Machthaber um sich und betraute diese mit wichtigen Ämtern. Er trommelte „Heimkehrerkorps“ zusammen, die sich für die Revision der gefällten richtigen Urteile und für die Restauration des Kapitalismus einsetzten. Er trachtete, die durch die Kontrolluntersuchung in der großen Kulturrevolution „ufgedeckten Regenbogen und Geheimagenten weiter in der Partei zu belassen, damit sie später das Heft wieder in die Hand nehmen könnten.

„Allseitige Ausrichtung“ — das war Deng Hsiao-pings Aktionsplan zur Revision der gefällten richtigen Urteile und zur Restauration des Kapitalismus. Kaum war die Anordnung zur Ausrichtung gegeben, kam jäh dieser üble Wind auf. Damit wollte er mit einem Streich die revolutionäre Linie und Politik des Vorsitzenden Mao, die Errungenschaften der großen Kulturrevolution und das überlegene sozialistische Gesellschaftssystem über Bord werfen. Die sogenannte Ausrichtung war in ihrem Wesen ein Angriff der Bourgeoisie gegen das Proletariat und ein Versuch, den Kapitalismus wiederherzustellen.

Deng Hsiao-pings Machenschaften waren eine Entsetzung und Weiterentwicklung der reaktionären „Pebrathoren“, welche vom Vorsitzenden Mao in dem Rundschreiben vom 16. Mai 1966 schon kritisiert worden waren. Deng Hsiao-pings Programm „Die drei Weisungen als das Hauptkettenglied betrachten“ war eine Spielart jener revisionistischen Linie, von der es in dem Rundschreiben heißt: „Sie leugnen völlig, daß die Jahrtausende alte Geschichte der Menschheit eine Geschichte von Klassenkämpfen ist, sie negieren völlig den Klassenkampf des Proletariats gegen die Bourgeoisie, die Revolution des Proletariats gegen die Bourgeoisie und die Diktatur des Proletariats über sie.“ In dem Rundschreiben wurde aufgezeigt, wie Feng Dschen absichtlich Gerüchte in Umlauf setzte, um den Kampf von der korrekten Richtung abzulenken. Darin wurde die von ihm vorgeschlagene Ausrichtungsbewegung verurteilt, weil diese gegen die proletarischen Linken gerichtet war und die bürgerlichen Rechten in Schutz nahm. Deng Hsiao-ping ging noch weiter. Seine Linie ist eine Fortsetzung der konterrevolutionären revisionistischen Linie Liu Schao-tschis und Lin Biaos. Verdrängte man diese Linie, würden nicht nur die Etage der großen Kulturrevolution, sondern auch die der ganzen chinesischen Revolution zunichte. Der kapitalistische Weg, den Deng Hsiao-ping ging, würde in das halbkoloniale und halbfeudale alte China zurückführen und China zu einem Anhängsel des Imperialismus und des Sozialimperialismus demagogieren. Wie der Vorsitzende Mao in dem Rundschreiben in seiner Kritik der Repräsentanten der Bourgeoisie feststellte: „Sie sind ergebene Lektoren der Bourgeoisie und des Imperialismus und klammern sich gemeinsam mit diesen an die Ideologie der Unterdrückung und Ausbeutung des Proletariats durch die Bourgeoisie und an das kapitalistische Gesellschaftssystem, während sie die Ideologie des Marxismus-Leninismus und des sozialistischen Gesellschafts-system bekämpfen.“ „Ihr Kampf gegen uns ist ein Kampf auf Leben und Tod, dabei kann von einer Gleichheit überhaupt nicht die Rede sein. Daher ist unser Kampf gegen sie ebenfalls unvermeidlich ein Kampf auf Leben und Tod.“

Das große historische Verdienst der vom Vorsitzenden Mao persönlich initiierten und geleiteten Großen Proletarischen Kulturrevolution ist es, die restaurativen Machenschaften der Bourgeoisie innerhalb der Partei rechtzeitig und entschieden vereitelt, ihre konterrevolutionäre revisionistische Linie kritisiert und jenen von ihr usurpierten Teil der Macht in der Partei- und Staatsführung zurückerobernd zu haben. Damit wurde sichergestellt, daß unser Land weiter entlang der revolutionären Linie des Vorsitzenden Mao vorwärtsschreiten konnte. Ihr Verdienst ist es auch, das wichtigste Problem der internationalen kommunistischen Bewegung der Gegenwart, nämlich die Frage, wie die Diktatur des Proletariats zu festigen und eine Restauration des Kapitalismus zu verhüten ist, theoretisch und praktisch gelöst zu haben. Hunderte Millionen Arbeiter, Bauern und Soldaten, revolutionäre Kader und revolutionäre Intellektuelle haben immer klarer erkannt: Die große Kulturrevolution „ist absolut notwendig und wird genau zur rechten Zeit durchgeführt“, „Begister jubeln sie: „Die große Kulturrevolution ist ausgezeichnet!“ Nur solche besserungsunwilligen, den kapitalistischen Weg gehenden Machthaber wie Deng Hsiao-ping hegten tiefen Haß gegen die große Kulturrevolution. Halsstarrig war er darauf aus, die richtige Bewertung der großen Kulturrevolution zu annullieren und mit ihr abzurechnen. Damit stieß er die überwiegende Mehrheit der Volksmassen vor den Kopf. Diese waren dagegen und ließen es nicht zu. „Eine Revision richtiger Urteile läuft dem Willen des Volkes zuwider.“ Das Volk, die Partei und die Parteimitglieder wollen die Weiterführung der Revolution, sie sind gegen Restauration und Rückschritt. Eben deshalb hat der vom Vorsitzenden Mao persönlich initiierte und geleitete große Kampf zur Abwehr des rechten Windes bei der ganzen Partei, der ganzen Armee und dem ganzen Volk herzliche Unterstützung gefunden. Er hat die volle Zustimmung der Volksmassen gewonnen und entspricht ihrem Wunsch. Die Leute, die die gefällten richtigen Urteile umzustößen suchten und mit der Kulturrevolution abrechnen wollten, sind in großer Isolierung geraten und haben sehr bald eine Niederlage erlitten.

Wir haben große Siege errungen. Aber der Kampf ist noch nicht zu Ende. Der Kampf zur Kritik an Deng Hsiao-pings konterrevolutionärer revisionistischer Linie muß weiter in die Tiefe gehen. Unser Kampfwillie darf keinesfalls nachlassen. Die Handvoll Klassefeinde wird sich nicht mit ihrer Niederlage abfinden. Sie sind nun dabei, aus ihrer Niederlage Lehren zu ziehen und neue Taktiken und Tricks gegen uns auszuarbeiten. Demgegenüber müssen die revolutionären Volksmassen einen klaren Kopf behalten. Der Vorsitzende Mao stellte fest: „Lenin sprach von Aufbau eines bürgerlichen Staates ohne Kapitalisten zum Schutz des bürgerlichen Rechts. Wir selbst haben eben einen solchen Staat aufgebaut, er unterscheidet sich nicht von der alten Gesellschaft: Es gibt Hierarchie, acht Lohnstufen, eine Verteilung jedem nach seiner Leistung und Austausch gleicher Werte.“ Solange diese Bedingungen existieren, solange es Klassen, Klassenwidersprüche und Klassenkampf gibt, solange die Einflüsse der Bourgeoisie sowie des internationalen Imperialismus und Revisionismus existieren, wird es die historische Erscheinung geben: „Die Machthaber auf dem kapitalistischen Weg gehen diesen Weg noch.“ Es ist eine historische Erscheinung, mit der auf lange Sicht gerechnet werden muß. Bereits zum 1. Jahrestag des Rundschreibens lehrte uns der Vorsitzende Mao: „Die gegenwärtige große Kulturrevolution ist nur die erste; in der Zukunft wird es unausweichlich noch mehrere geben.“ Im Kampf zur Abwehr des rechten Windes stellte der Vorsitzende Mao erneut fest: „Nach der demokratischen Revolution sind die Arbeiter, armen Bauern und unteren Mittelbauern nicht stehengeblieben, sie wollen die Revolution. Aber ein Teil der Parteimitglieder will nicht weiter vorwärts. Manche sind zurückgewichen und gegen die Revolution aufgetreten. Warum? Weil sie hohe Beamte geworden sind und die Interessen der hohen Beamten schützen wollen.“ „Wird in 100 Jahren Revolution nötig sein? Wird auch noch in 1000 Jahren Revolution nötig sein? Revolution ist immer notwendig. Ein Teil der Menschen wird sich immer unterdrückt fühlen; kleine Beamte, Studenten, Arbeiter, Bauern und Soldaten wollen nicht von großen Tieren unterdrückt werden. Darum wollen sie die Revolution. Sollten in 10 000 Jahren keine Widersprüche mehr zu sehen sein? Wieso nicht? Immer noch werden welche zu sehen sein.“ Daher müssen wir ideologisch gut auf einen langwierigen Kampf gegen die Machthaber auf dem kapitalistischen Weg und auf die Weiterführung der Revolution unter der Diktatur des Proletariats vorbereitet sein.

Anfang dieses Jahres sagte der Vorsitzende Mao: „Ohne Kampf gibt es keinen Fortschritt.“ „Können 800 Millionen Menschen ohne Kampf auskommen?“ Die zehn Jahre der Großen Proletarischen Kulturrevolution waren zehn Jahre, in denen wir im Kampf vorwärtsmarschierten und unser Land gewaltig veränderten. Die Volksmassen von Hunderten Millionen studierten im Kampf den Marxismus, den Leninismus, die Mao-Setzung und sie haben ihr Bewußtsein von der Notwendigkeit der Bekämpfung und Verhütung des Revisionismus und der Weiterführung der Revolution beträchtlich erhöht. Die proletarische revolutionäre Linie des Vorsitzenden Mao hat sich unter den Massen noch tiefer verwurzelt. Durch Abstoßen des Abfalls und Aufnahme des Frischen ist unsere Partei noch stärker und noch vitaler geworden. Unsere Armee wurde in Erfüllung ihrer Aufgabe, die Industrie, die Landwirtschaft, die breiten Massen der Linken zu unterstützen, die militärische Kontrolle auszuüben und bei der militärisch-politischen Ausbildung zu helfen, neuen Prüfungen unterzogen. Sie hat sich um das Volk neue Verdienste erworben und ist noch stärker geworden. Indem sich die Volksmiliz am Kampf um die Verteidigung des Vaterlandes und am Klassenkampf in der Gesellschaft beteiligte, hat sie zur Festigung der Diktatur des Proletariats beigetragen. Die Dreierverbindung von Älteren, Mittelaltigen und Jüngeren wurde in den Führungsre-

mien aller Ebenen eingeführt. Millionen und aber Millionen Fortsetzer der revolutionären Sache des Proletariats stählten sich gemäß den vom Vorsitzenden Mao festgelegten fünf Kriterien im Kampf und reiften heran. Die sozialistische Revolution im Bildungswesen, in Literatur und Kunst, im Gesundheitswesen sowie im Bereich von Wissenschaft und Technik machte im heftigen Kampf zweier Linien gewaltige Fortschritte. Zahlreiche Jugendliche mit Schulbildung ließen sich begeistert auf dem Lande nieder. Die Kader aller Ebenen gingen unheimlich den Weg der „7. Mai-Weisung“. Die Massenkampagnen „Lernt in der Industrie von Datjjang“ entfalteten sich stürmisch. Die Industrie, die Landwirtschaft und die Volkswirtschaft insgesamt entwickelten sich mit jedem Tag. Unser großes Vaterland blüht und gedeiht, überall herrscht ein pulsierendes Leben. Die Große Proletarische Kulturrevolution hat die Kraft der Hunderten Millionen unseres Volkes weiter freigesetzt. Diese von ihr ausgelöste gewaltige Kraft beginnt erst, spürbar zu werden. Mit der Vertiefung der Revolution wird sie noch mehr zur Geltung kommen.

Wir müssen unseren siegreichen Vormarsch fortsetzen und die ausgezeichnete Lage weiterentwickeln. Die Parteimitglieder, die Kader und die Massen müssen alle gewissenhaft die wichtigen Weisungen des Vorsitzenden Mao über die große Kulturrevolution und über den Kampf zur Abwehr des rechten Windes studieren, müssen die Theorie über die Weiterführung der Revolution unter der Diktatur des Proletariats studieren und sich klar werden über die Frage, wo die Bourgeoisie sitzt, und über die Frage der allseitigen Diktatur über die Bourgeoisie, beharrlich den Revisionismus bekämpfen und verhüten und die Revolution weiterführen. Wir müssen die glänzenden Erfolge und die große Bedeutung der großen Kulturrevolution klar erkennen, enthusiastisch die sozialistischen neuen Dinge unterstützen, die Ergebnisse des Sieges der großen Kulturrevolution festigen und entwickeln. Wir müssen die Kritik an Deng Hsiao-ping vertiefen, den rechten Wind, der auf die Revision der gefällten richtigen Urteile abzielt, zunichte machen und allen konterrevolutionären Sabotageakten entschiedene Schläge versetzen. Im Kampf, dessen Hauptstreichung die Kritik an Deng Hsiao-ping ist, müssen wir über 95 Prozent der Kader und Massen zusammenschließen und sowohl den Überbau als auch die ökonomische Basis noch erfolgreicher revolutionieren. Wir müssen die Revolution anpacken, die Produktion, die Arbeit und die Vorbereitung auf einen Kriegsfall fördern und auf allen Gebieten den sozialistischen Aufbau kontinuierlich vorantreiben.

Das Proletariat ist von revolutionärem Optimismus erfüllt. Wir vertrauen in die Dialektik. Wir wissen: „Das Neue löst das Alte ab“, das ist ein allgemeines und ewig unumsstößliches Gesetz des Weltalls.“ (Mao Tsetung, „Über den Widerspruch“) Wie windungreich der Weg der Revolution auch immer sein mag, über viele Umwege er auch führen mag, die Wahrheit des Marxismus, des Leninismus, der Mao-Setzung setzt sich doch unaufhaltsam durch. Die Volksmassen, die mehr als 95 Prozent der Bevölkerung ausmachen, wollen konsequent die Revolution. Die Revolution wird die Reaktion besiegen, das Neue wird über das Verfallende triumphieren, das ist ein Gesetz der Geschichte. Seit der Begründung des Marxismus sind über 100 Jahre verstrichen, und die alte Welt ist schon in Scherben zerbrochen. Heute sind der Kapitalismus und der Revisionismus im Untergang begriffen wie „die Sonne, die bei Westwind hinter dem Horizont verschwindet“. Die lächerlichen Figuren, die gegen die historische Strömung anschwimmen, werden, auch wenn sie für eine Zeitlang an die Macht kommen sollten, letzten Endes vom Volk auf den Müllhaufen der Geschichte geworfen werden. Es ist genau so, wie Marx und Engels von der Bourgeoisie sagten: „Ihr Untergang und der Sieg des Proletariats sind gleich unvermeidlich.“ („Manifest der Kommunistischen Partei“) Anlässlich des 10. Jahrestags des Rundschreibens blicken wir auf den Kampflauf der großen Kulturrevolution zurück, sehen vor uns eine ausgezeichnete Lage, gekennzeichnet durch die Verselle „Gesang der Pirole, Stürren der Schwalben“, eine glänzende Zukunft, in der die Welt umgewälzt wird. Wir sind von revolutionärem Enthusiasmus erfüllt und entschlossen, unter Führung des Zentralkomitees der Partei mit dem Vorsitzenden Mao an der Spitze konsequent den Klassenkampf als das Hauptkettenglied anzupacken und die Revolution unter der Diktatur des Proletariats weiter bis zu Ende zu führen.

Die proletarische revolutionäre Linie des Vorsitzenden Mao ist unbesiegbar, unser Vormarsch ist unaufhaltsam! Der Glanz der Großen Proletarischen Kulturrevolution ist unauslöschlich!

Peking Rundschau Nr. 21 25. Mai 1976

Lest und abonniert

PEKING RUNDSCHAU
eine politische Wochenschrift über China
und Weltangelegenheiten. (Wird per Luftpost verschickt)

**Verlag
ROTE FAHNE**
5 Köln 1, Kamekestraße 19

**PEKING
RUNDSCHAU** 13

五十年
五十年
五十年

Fünf Jahre zehnjähriger Vorkurs
des Volkes von Kambodscha

Für die Bekämpfung und Verhütung
des Revisionismus ein Menschen-
trouge von Aktivisten der
theoretischen Arbeit aufbauen

Redakteur: Grotzer, Dr. Inghel-Angene

Leitsätze über die gegenwärtige Lage

1971 gegründet, hat die ROTE HILFE, zuerst als örtliches Komitee, seit 1973 als Massenorganisation mit dem Ziel der sozialistischen Revolution gegen die verschärfte politische Unterdrückung und den zunehmenden Abbau der demokratischen Rechte des Volkes in der BRD und Westberlin gekämpft. Sie hat im Geiste des proletarischen Internationalismus die Klassensolidarität mit den politisch Verfolgten, besonders Revolutionären und klassenbewußten Arbeitern organisiert.

Die sich verändernde Weltlage, der durch das Ringen der beiden imperialistischen Supermächte um Weltherrschaft drohende Weltkrieg, der Versuch des sowjetischen Sozialimperialismus, überall in der Welt, besonders nach ganz Europa seine Klauen auszustrecken, die zunehmenden faschistischen Maßnahmen und die reaktionäre Formierung des staatlichen Unterdrückungsapparates der westdeutschen Monopolbourgeoisie durch die Schmidt-Gescher-Regierung, sowie der Zustand, daß es in unserem Lande zwei Rote-Hilfe-Organisationen gibt - all dies hat zu einer umfassenden Überprüfung der Politik der ROTEN HILFE geführt und zur Klarheit darüber, daß die deutsche Arbeiterklasse mehr denn je eine starke Solidariäts- und Schutzorganisation braucht.

Die vorliegenden LEITSÄTZE ÜBER DIE GEGENWÄRTIGE LAGE UND DIE AUFGABEN DER ROTEN HILFE zeigen, welchen Weg die ROTE HILFE gehen muß, um zum Ziel der deutschen Arbeiterklasse, das U. ABHÄNGIGE, VEREINTE, SOZIALISTISCHE DEUTSCHLAND ihren Beitrag zu leisten.

I.

Als Klassenorganisation des Proletariats ist die ROTE HILFE die Solidariäts- und Schutzorganisation der Arbeiterklasse und aller unterdrückten Schichten des Volkes. Durch politische, materielle, juristische und moralische Hilfe steht sie den politisch Verfolgten, den politischen Gefangenen, den Revolutionären und klassenbewußten Arbeitern des In- und Auslandes sowie ihren Angehörigen solidarisch zur Seite.

Für das Ziel aller Ausgebeuteten und Unterdrückten, die proletarische Revolution, führt die ROTE HILFE einen unversöhnlichen Klassenkampf gegen die bürgerliche Diktatur, politische Reaktion, Faschismus und Sozialfaschismus und gegen den imperialistischen Krieg.

Als Organisation der proletarischen Einheitsfront schließt sie die Klassensolidarität im Kampf um die Befreiung des deutschen Volkes, für ein unabhängiges, vereintes und sozialistisches Deutschland.

Die ROTE HILFE kämpft stets im Geiste des proletarischen Internationalismus und unterstützt den weltweiten Befreiungskampf der Arbeiterklassen, Völker und Nationen. Gegen die Gewalt der Bourgeoisie verteidigt und unterstützt die ROTE HILFE die gerechte Gewalt der Volksmassen, sie hält an der geschichtlichen Erfahrung fest, daß der bürgerliche Staatsapparat gewaltsam zerschlagen werden muss, damit der Sozialismus errichtet werden kann.

II.

Der Imperialismus befindet sich in seiner allgemeinen Krise. Gegenwärtig ist die Lage in der Welt dadurch gekennzeichnet, daß zwei imperialistische Supermächte, der sowjetische Sozialimperialismus und der USA-Imperialismus um die Vorherrschaft in der Welt ringen. Gesetzmäßig muß dieses Ringen zum Krieg führen. Die imperialistischen Supermächte stoßen jedoch auf einen immer breiteren und entschlosseneren Widerstand der Völker, Nationen und Staaten, besonders der Dritten Welt.

Der sowjetische Sozialimperialismus - sozialistisch in Worten, imperialistisch in Taten - erweist sich als wirtschaftlich schwächere und aufstrebende Supermacht als gefährlicher und aggressiver. Politisch, militärisch und ideologisch dem USA-Imperialismus überlegen, versuchte er diesen überall in der Welt aus seinen Machtpositionen zu verdrängen und selbst die Oberherrschaft zu erringen. In ihrem Heißhunger nach den Reichtümern der Erde versuchen die Supermächte auch die entwickelten kapitalistischen Länder, die Zweite Welt, unter ihre

Imperialismus - das ist Reaktion auf der ganzen Linie. Gesetzmäßig verschärfen die Hauptkriegstreiber, der sowjetische Sozialimperialismus und der USA-Imperialismus, die Unterdrückung der Volksmassen im eigenen Land. Überall in der Welt betreiben sie eine Politik der Einmischung, Kontrolle und direkten Unterdrückung anderer Länder. Sie haben als Ausweg aus der Krise nichts als Faschismus und Krieg zu bieten.

Die Sowjetunion ist ein Militärzuchthaus geworden. Mit einer sozialfaschistischen Diktatur - sozialistisch in Worten, faschistisch in Taten - halten die neuen Zaren die ruhmreichen Völker des ersten sozialistischen Landes nieder. Die ehemals proletarischen Machtorgane sind in ihren Händen Organe der lückenlosen Bespitzelung und Überwachung, der Denunziation und Einschüchterung. Politische Gegner werden in KZs und Irrenhäusern geworfen.

In einigen osteuropäischen Ländern hat der sowjetische

Die deutsche Arbeiterklasse, zusammengeschweißt im Feuer des Klassenkampfes gegen das Reich Bismarcks und seine Sozialistengesetze, gegen den 1. imperialistischen Weltkrieg, gegen den Noske-Terror und die politische Reaktion der Republik Eberts und Hindenburgs, gegen die nazifaschistische Mörderbande und die Spaltung Deutschlands durch die USA-Imperialisten wie gegen das reaktionäre Adenauer-Regime, steht sich heute besonderer Entrechtung und Unterdrückung unterworfen.

Deutschland, im Zentrum Europas, ist in zwei Staatenteile, in denen sich die imperialistischen Supermächte unmittelbar gegenüberstehen. Der sowjetische Sozialimperialismus hält bereits einen Teil unseres Landes, die DDR besetzt, während in der BRD und Westberlin die sich an die USA-Imperialisten anlehrende westdeutsche Monopolbourgeoisie herrscht.

Der sowjetische Sozialimperialismus ist der Hauptfeinde des ganzen deutschen Volkes geworden, er hält seine Truppen in der DDR zur Niederschlagung jeden Widerstands und als Vorposten für die Ausdehnung seiner Herrschaft über ganz Deutschland und Europa.

In der DDR hat die neue Bourgeoisie eine sozialfaschistische Diktatur errichtet. Die ehemals antifaschistischen und proletarischen Machtorgane sind in ihr Gegenteil verkehrt. In vollständiger Abhängigkeit vom sowjetischen Sozialimperialismus hat die Honecker-Clique die Volksmassen einer lückenlosen Kontrolle und Unterdrückung unterworfen. Politische Gegner werden als

Kontrolle und in Abhängigkeit zu bringen. Ihr Ringen richtet sich besonders auf ganz Europa, denn wer Europa beherrscht, der hat den Schlüssel für die Vorherrschaft in der ganzen Welt.

Die Faktoren für einen Krieg wachsen ständig, es wachsen aber auch die Faktoren für die Revolution. Die internationale Einheitsfront der Arbeiterklassen, Völker, Nationen und Staaten mit der Dritten Welt als Hauptkraft versetzen dem Kolonialismus, Imperialismus und dem Vorherrschaftsstreben der beiden Supermächte schwere Schläge. Staaten wollen Unabhängigkeit, Nationen wollen Befreiung, Völker wollen Revolution - das ist zu einer

unwiderstehlichen historischen Strömung geworden. Die Errungenschaften der sozialistischen Länder VR China und VR Albanien, die Siege der um ihre Befreiung ringenden Völker wie in Indochina zeigen die glänzenden Zukunftsperspektiven der Welt, sie weisen den Weg der Weltrevolution.

III.

Sozialimperialismus sozialfaschistische Diktaturen errichtet, seine Panzer stehen bereit, jeden Widerstand zu überrollen. In Ländern der Dritten Welt wie in Indien unterstützt er faschistische Regimes bei der Niederhaltung der Volksmassen.

In den USA nimmt die Rassenhetze, die Verfolgung von Minderheiten, die Polizeigewalt gegen jede Form der Ablehnung zunehmend offen terroristische Formen an. Streiks werden blutig niedergeschlagen, willkürlich politische Gegner einem barbarischen Strafvollzug unterworfen und beliebig lang hinter Gefängnismauern gehalten. Vor einer durch und durch korrupten Justiz werden Angeklagte gefoltert, geschlagen und abgeurteilt. Fäulnis und Korruption beherrscht den gesamten Staatsapparat. Angesprochen durch die Siege der Völker der Welt läßt die Aggressivität des USA-Imperialismus in nichts nach, er hält fest an der Unterstützung blutigster Terrorregime wie Süd-Korea, Chile und Spanien sowie der südafrikanischen Rassisten und zionistischen Aggressoren.

IV.

Verbrecher und "Rowdies" behandelt und verschwinden in den Gefängnissen. Jedes Eintreten für Selbstbestimmung und Unabhängigkeit wird als "antisojetische Hetze" von der sozialfaschistischen Klassenjustiz verfolgt.

In der BRD und Westberlin steht die Arbeiterklasse einer Monopolbourgeoisie gegenüber, die hineingerissen in die allgemeine Krise des Imperialismus, denselben Gesetzmäßigkeiten unterliegt wie alle Bourgeoisien in der Welt. Zum Untergang verurteilt, muß sie die Arbeiterklasse und das Volk fürchten.

Ihre wirtschaftliche Stärke ist trügerisch, fast vollständig auf Kapital- und Warenexport angewiesen, schränken sich ihre Möglichkeiten nach Profiten durch die verschärfte Konkurrenz der beiden imperialistischen Supermächte und den wachsenden Widerstand der Dritten Welt immer weiter ein. In enger Anlehnung an den USA-Imperialismus versucht die westdeutsche Monopolbourgeoisie ihre imperialistischen Ziele gegenüber der Dritten Welt und besonders Südeuropa durchzusetzen.

Militärisch unterwirft sie sich der Strategie der USA-Imperialisten der "verbrannten Erde" und des Atomschutzgürtels - gegenüber dem Sozialimperialismus betreibt die BRD-Regierung eine Politik der "Offenen Tür", schließt Verträge, bei denen sie nur die betrogenen Betrüger sind, beten deren gefährliche Phrasen von "Entspannung" und "Sicherheit und Zusammenarbeit" nach und öffnen so Deutschland und Europa dem weiteren Vordringen der neuen Zaren des Kreml. Wirtschaftlich anfällig, erschreckt durch die "große Unruhe" in der Welt und den Aufschwung der Kämpfe der Arbeiterklassen in Europa, treibt die westdeutsche Bourgeoisie in ungebrochener reaktionärer Tradition die Entrechtung des Volkes mit großer Schnelligkeit voran. Unter dem Vorwand der Terroristenbekämpfung wird der staatliche Unterdrückungsapparat zur Absicherung der Herrschaft der Bourgeoisie ausgebaut und zentralisiert.

Gegen den wachsenden Widerstand der Volksmassen setzt die Bourgeoisie politische Entlassungen, Gewerkschaftsausschlüsse, Berufsverbote, Bespitzelung, fast vollständige Entrechtung von Angeklagten und Verteidigern, Verschärfung des Strafvollzugs und Polizeibergriffe. Um dem wachsenden Mißtrauen der Volksmassen zu begegnen und den Ausweg aus Krisenwirtschaft und politischer Unterdrückung abzusperren, werden systematisch Maßnahmen gegen die besten Kräfte des Proletariats eingeleitet. Durch zahlreiche Beschlüsse, Verordnungen, Gesetze und Urteile ist ein dichtes Netz zur Verfolgung von Kommunisten und fortschrittlichen Menschen geschaffen worden - ein Netz, das zwar die kommunistische Partei und die revolutionären und fortschrittlichen Organisationen noch nicht verbietet, sie aber zum Freiwild der Klassenjustiz und der Polizei machen soll.

Für ein Unabhängiges, vereintes

und die Aufgaben der ROTEN HILFE

Die Justiz geht von der Verfolgung sog. "verbrecherischer Taten" zur Verfolgung sog. "verbrecherischer Gedanken" über, Solidarität mit den verfolgten Revolutionären, mit dem Widerstand gegen Ausbeutung und Unterdrückung steht heute wieder als "Billigung und Befürwortung von Gewalt" unter Strafe. Es werden nicht mehr nur die revolutionären, klassenkämpferischen Aktionen verfolgt, sondern schon die Propagierung der Weltanschauung des Proletariats, der Marxismus-Leninismus.

Der rasche Abbau der demokratischen Rechte des Volkes und die wachsende politische Unterdrückung in der

BRD und Westberlin zeigen die faschistische Gefahr. Sie behindern den Zusammenschluß der Arbeiterklasse und der Volksmassen im Kampf um ihre nationale und soziale Befreiung.

Gerade angesichts der drohenden faschistischen und sozialfaschistischen Gefahr brauchen die Arbeiterklasse und die Volksmassen demokratische Freiheiten und politischen Bewegungsspielraum, um alle Kräfte im Kampf für ein unabhängiges, vereintes, sozialistisches Deutschland zusammenzuschließen.

Die deutsche Arbeiterklasse und das deutsche Volk, sie wollen keinen Krieg, sie wollen Frieden - sie wollen UNABHÄNGIGKEIT, EINHEIT UND SOZIALISMUS.

V.

Gesetzmäßig bringt der Imperialismus opportunistische Strömungen innerhalb der Arbeiterbewegung hervor. Heute ist der moderne Revisionismus der Hauptfeind innerhalb der Arbeiterbewegung.

Sozialistisch in Worten entwirft er die Arbeiterklasse politisch, ideologisch und organisatorisch. Als Hauptstütze der Bourgeoisie in der Arbeiterbewegung verfolgt er - wie alle opportunistischen Strömungen - nur ein Ziel: die Arbeiterklasse von dem Kampf gegen die Bourgeoisie abzuhalten.

Mit seinem Zentrum, der KPD-SU-Führung, ist der moderne Revisionismus eine international organisierte, konterrevolutionäre Strömung. Er will den Boden bereiten für die Weltherrschaftspläne des sowjetischen Sozialimperialismus.

Der Einfluß der modernen Revisionisten geht weit über die organisatorischen Grenzen der DKP/SEW hinaus "Klassenzusammenarbeit", "friedlicher Weg", "friedliche Koexistenz", die Möglichkeit der Wandlung des Parlamentes aus einem Instrument der Herrschenden in ein Instrument des "Volkswillens", Mitbestimmung usw. - all das sind gemeinsame Konzepte der revisionistischen und reformistischen Strömungen.

Den Wunsch der Arbeiter nach einer Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung und nach Einheit ausnutzend, macht sich die DKP/SEW reformistische Strömungen, wie in "linken" Teilen der SPD, in "demokratischen", pseudokommunistischen, pazifistischen Organisationen, in opportunistischen und spontaneistischen Gruppen zu eigen und breitet ihren Einfluß aus.

Die modernen Revisionisten betreiben ebenso wie die Handlanger der westdeutschen Monopolbourgeoisie im Staatsapparat und in der Gewerkschaftsführung die Unterdrückung der Arbeiterklasse, denn ihr Ziel ist die Errichtung der sozialfaschistischen Diktatur. Sie nisten sich in gewerkschaftlichen und staatlichen Einrichtungen ein, und unterstützen und treiben die Verschärfung der politischen Reaktion und die faschistischen Maßnahmen voran.

Mit den modernen Revisionisten, der DKP/SEW kann es keine Aktionseinheit geben. Ohne den Hauptfeind in der Arbeiterbewegung zu schlagen, kann der Kampf für die nationale und soziale Befreiung der Arbeiterklasse nicht erfolgreich sein.

VI.

Drohender Weltkrieg, sozialfaschistische Diktatur in der DDR, faschistische und sozialfaschistische Gefahr in der BRD und Westberlin, die verschärfte politische Reaktion erfordern

Entwicklung der ROTEN HILFE zu einer proletarischen Massenorganisation, breiteste Entfaltung der Klassensolidarität und besonders den aktiven Kampf um eine starke Solidaritäts- und Schutzorganisation des Proletariats in ganz Deutschland;

Entfaltung des revolutionären Hilfscharakters durch weitestgehende politische, materielle, juristische und moralische Unterstützung für die verfolgten Kommunisten, Revolutionäre und klassenbewußte Arbeiter.

Die ROTEN HILFE muß deshalb im unversöhnlichen Klassenkampf folgende Aufgaben erfüllen:

1. Verstärkung des Kampfes gegen die politische Unterdrückung in der BRD und der DDR.

Auf der Grundlage der proletarischen Einheitsfront unterstützt die ROTEN HILFE den antifaschistischen und antisozialfaschistischen Widerstand und trägt bei zur Herstellung der demokratisch-anthegemonistischen Front.

Die ROTEN HILFE entlarvt die sozialfaschistische Unterdrückung, besonders der Justiz in der DDR, sie übt Solidarität mit den eingekerkerten Klassenbrüdern, vorbe-

haltlos unterstützt sie jeden Widerstand gegen die Herrschaft des sowjetischen Sozialimperialismus und die sozialfaschistische Diktatur in der DDR.

Die ROTEN HILFE kämpft entschlossen gegen die faschistische Gefahr in der BRD und Westberlin. Insbesondere im Kampf gegen die bürgerliche Klassenjustiz und die reaktionären Gesetze tritt sie dem Abbau der demokratischen Rechte des Volkes entgegen. Unversöhnlich bekämpft sie den modernen Revisionismus und den Versuch der DKP/SEW, den Boden für eine sozialfaschistische Diktatur in der BRD und Westberlin zu bereiten.

2. Verstärkung der internationalen Solidarität

Auf der Grundlage des proletarischen Internationalismus unterstützt die ROTEN HILFE die weltweite Einheitsfront der Arbeiterklassen, unterdrückten Völker und Nationen und abhängigen Staaten gegen das Vorherrschaftstreben der imperialistischen Supermächte und drohenden imperialistischen Krieg.

Die ROTEN HILFE unterstützt den Kampf der Dritten Welt und propagiert die sozialistischen Länder VR China und VR Albanien, sie übt besonders Solidarität mit den politisch Verfolgten in den Zentren der Weltreaktion und den von den sowjetischen Sozialimperialisten und den USA-Imperialisten unterdrückten und abhängigen Ländern.

VII.

Als Solidaritäts- und Schutzorganisation des deutschen Proletariats muß die ROTEN HILFE besonders folgende Aufgaben erfüllen:

1. Eng muß die ROTEN HILFE mit der Kommunistischen Partei, den revolutionären und fortschrittlichen Organisationen des Proletariats zusammenarbeiten. Besonders in Betrieb und Gewerkschaft muß die politische

und organisatorische Verbladung mit ihnen zur Stärkung der ROTEN HILFE in der Arbeiterklasse beitragen.

2. Unbeirrbar muß die ROTEN HILFE um die Einheit der revolutionären ROTEN HILFE-Organisationen kämpfen und den Zustand überwinden, daß es in unserem Land zwei Solidaritätsorganisationen mit dem erklärten gleichen Ziel gibt.

3. Zu den ausländischen revolutionären Organisationen muß die ROTEN HILFE ein brüderliches und herzliches Verhältnis anstreben. Besonders gilt es, Patenschaften einzurichten für die politischen Gefangenen und ihre Familien im Ausland, vor allem in den vom Sozialfaschismus und Faschismus beherrschten und bedrohten Ländern. Fortschrittliche Rechtsanwälte und Prozeßbeobachter sind für die entsprechenden Gerichtsverfahren zu gewinnen.

4. Die ROTEN HILFE muß Beziehungen zu fortschrittlichen und demokratischen Organisationen im In- und Ausland herstellen, vor allem mit denen, die gegen die politische Unterdrückung eintreten. In Zusammenarbeit und Aktionseinheiten mit ihnen muß die Front der Solidarität verbreitert werden.

5. In weitaus größerem Maße als bisher muß die ROTEN HILFE den von der bürgerlichen Klassenjustiz verfolgten Kommunisten, Revolutionären, Antifaschisten und fortschrittlichen Menschen materielle Unterstützung zukommen lassen.

Dem RECHTSHILFEFONDS der ROTEN HILFE, eingesetzt vor allem zur Deckung von Prozeß- und Verteidigungskosten, kommt eine zentrale Bedeutung zu, die Politik der Bourgeoisie zu durchkreuzen, durch hohe Geldstrafen und Gerichtskosten die besten Kräfte des Volkes ihrer Existenz zu berauben und so die Arbeiterklasse und das Volk vom Kampf um ihre nationale und soziale Befreiung abzuhalten.

Die materielle Hilfe wird zu einer bedeutenden Waffe der Klassensolidarität, wenn sie der politischen Erziehung dient und nicht charitativ verwandt wird.

6. Angesichts der zunehmenden Entrechtung der Angeklagten und Verteidiger muß die ROTEN HILFE die juristische Hilfe für die politisch Verfolgten verstärken. Die Klassengerichte der Bourgeoisie müssen zu Tribunen des unversöhnlichen Klassenkampfes gemacht werden und die Angeklagten zur selbständigen politischen Prozeßführung erzogen werden. Sie müssen lernen, jedes demokratische Recht für sich zu nutzen ohne in Legalismus zu verfallen.

7. Gerade die immer zahlreicheren Gefängnisstrafen gegen Kommunisten und Revolutionäre erfordern den verstärkten Kampf um die Freiheit aller politischen Gefangenen. Die ROTEN HILFE muß die Hafthilfe verstärken, die Verbindung der politischen Gefangenen mit dem Kampf der Arbeiterklasse festigen, ihre Widerstandskraft stärken und jeden Versuch der Isolation bekämpfen.

8. Angesichts der verschärften Verfolgung aller revolutionären Organisationen muß auch die ROTEN HILFE die gegen sie selbst gerichteten staatlichen Unterdrückungsmaßnahmen bekämpfen, sie muß besonders die Wachsamkeit gegenüber konterrevolutionären Anschlägen, gegenüber Spitzel- und Wühlstätigkeiten - auch vonseiten der Sozialfaschisten - erhöhen, ohne im offenen politischen Kampf nachzulassen und vor der scheinbaren Übermacht der Staatsapparate der BRD und der DDR zu kapitulieren.

9. Stärker als bisher muß jeder ROTEN HELFER am Kampf der Arbeiterklasse teilnehmen. Bei Klassenkämpferischen Aktionen gegen die kapitalistische Krisenwirtschaft und gegen politische Unterdrückung hat die ROTEN HILFE die Möglichkeit und Pflicht, an breite Schichten parteiloser, sozialdemokratischer, christlicher und vom modernen Revisionismus beeinflusster Arbeiter heranzutreten, den Schutz vor den Übergriffen des bürgerlichen Staatsapparates, besonders von Polizei und Justiz, zu organisieren und die Klassensolidarität mit den politisch Verfolgten zu schmieden.

10. Die ROTEN HILFE muß ihre Arbeit dort verstärken, wo Teile des Proletariats besonderer Entrechtung und Unterdrückung unterworfen sind. Der Gedanke der Klassensolidarität muß gerade unter die Erwerbslosen und die ausländischen Arbeiter getragen werden, die als Teil der kapitalistischen Reservearmee zur Spaltung der gesamten Klasse eingesetzt werden.

11. Besondere Bedeutung gewinnt der Kampf um politisches Asyl für ausländische Revolutionäre und Patrioten. Jeden Versuch der Bourgeoisie, dieses demokratische Recht zu beseitigen, bekämpft die ROTEN HILFE. Der völligen Entrechtung und der Verfolgung ausländischer Arbeiter und Revolutionäre sowie ihrer Organisationen vor allem durch das reaktionäre Ausländergesetz muß die ROTEN HILFE die gemeinsame Front deutscher und ausländischer Arbeiter entgegensetzen.

SOLIDARITÄT HILFT SIEGEN - SCHAFFT ROTEN HILFE

JUNI 1976

Beschlossen durch die
2. ordentliche Delegiertenkonferenz
der ROTEN HILFE

sozialistisches Deutschland!

SCHAFFT WIRKUNGSVOLLE HILFE FÜR DIE VERFOLGTEN SPANISCHEN REVOLUTIONÄRE

Wer nach dem Todes Francos der bürgerlichen Propaganda Glauben schenkte, dass der König Juan Carlos Schritt für Schritt die "Demokratie" in Spanien einführen werde, ist inzwischen eines besseren belehrt worden. Die Unterdrückung unter der faschistischen Monarchie ist gegenüber den letzten Jahren Francos wesentlich gesteigert worden. Das zeigt insbesondere das blutige Massaker von Vitoria im März. Folgende - unvollkommene - Statistik gibt einigen Einblick: In den ersten drei Monaten des Jahres 1976 gab es

- 721 neue politische Prozesse
- 11 Mordtaten durch die Polizei
- mehrere hundert durch Schusswaffen der Polizei Verletzte.

Alein im April wurden für 20 Genossen der FRAP - die Genossen anderer Organisationen wie der ETA nicht eingerechnet - insgesamt 91 Jahre Gefängnis verhängt.

Zwischen dem 3. 4. und dem 1. 5. wurden 3 500 Menschen verhaftet.

Es stehen 15 Schauprozesse an mit Strafdröhungen von insgesamt über 1000 (!) Jahren. 8 Todesurteile werden angedroht.

Der Innenminister Fraga treibt seine Mörderbande von 200 000 Mann (Guardia Civil, politische und "soziale" Polizei) zu immer schärferer Unterdrückung an. Dazu kommen die Terroranschläge von faschistischen, bewaffneten Banden wie den "Christkönigskriegern" gegen Arbeiterviertel, Streikposten und fortschrittliche Einzelpersonen.

Die bürgerliche Presse berichtet "hoffnungsvoll" von den "ersten Ansätzen der Demokratie" - die Wahrheit ist: in Spanien herrscht der unumschränkte faschistische Terror gegen das Volk. Der Besuch des Juan Carlos in den USA im Juni - rechtzeitig zur 200-Jahr-Feier der USA - unterstreicht noch einmal, daß der USA-Imperialismus mit aller Gewalt die faschistische Diktatur aufrechterhalten will, um zu verhindern, dass auch Spanien wie vorher Portugal seinem Herrschaftsbereich entgleitet.

Immer deutlicher wurde in den letzten Monaten und Wochen auch, daß den spanischen Völkern ein neuer, gefährlicher Feind entstanden ist: die revisionistische "KP" des Carillo und des "Arbeiterführers" Camacho. Von einem Teil der spani-

schen Faschisten toleriert und benutzt, spielen sie schon heute, während der faschistische Terror noch wütet, die Rolle eines reaktionären Ordnungsfaktors gegenüber den zunehmenden Massenkämpfen, propagieren und praktizieren den "historischen Kompromiss" mit der Mörderbande in der Regierung. Dadurch wollen sie sich nach und nach eine Regierungsbeteiligung erschleichen.

Bereits heute verfügt diese Partei über weitgehenden Einfluß in den Gewerkschaften, in den Massenmedien, im Bildungsbereich und selbst in Teilen der Armee. Sie versucht diesen Einfluß zu nutzen, um sich den Faschisten in jeder Form des Verrats als Bündnispartner und Faktor der Ordnung zu empfehlen und um so ihren Moskauer Oberherren die Tür nach Spanien aufzustoßen.

Umso dringender ist unsere Unterstützung des Kampfes der spanischen Völker für Unabhängigkeit und Sozialismus. Mit unserer Hilfe tragen wir dazu bei, daß die spanischen Völker den USA-Imperialismus verjagen und das faschistische Joch zerbrechen, zugleich aber ein festes Bollwerk gegen die Expansionsgelüste des sowjetischen Sozialimperialismus bilden.

Für die ROTE HILFE steht die Unterstützung der politisch Verfolgten und Gefangenen sowie ihrer Familien im Vordergrund. Am Beispiel der Familie des Genossen Jose Luis Sanchez Bravo, der am 27. 9. 1975 zusammen mit vier anderen Patrioten hingerichtet wurde, wird deutlich, mit welcher viehischen Brutalität die faschistische Monarchie versucht, jeden Widerstand auszurotten. Sie deht die Unterdrückung auf die Familien der Verfolgten aus, um in der Arbeiterklasse ein Gefühl der völligen Ohnmacht und Hilflosigkeit zu erzeugen, um vor jedem Gedanken an Widerstand abzuschrecken.

Die verbliebene Familie:
Der Vater ist tot. Die Mutter, ein 18-jähriger Bruder, eine 15-jährige Schwester und eine verheiratete Schwester mit Mann und einem kleinen Kind sind durch die Schikanen und Brutalitäten in den Wahnsinn getrieben worden. Die einzige "übriggebliebene" ist die Schwester V., die selber ein Kind hat und das Kind der anderen Schwester mit versorgen muß. Ein Freund der Familie schreibt über die Situation:

"Ich bitte Euch um finanzielle und moralische Unterstützung für die Familie... Die verheiratete Schwester leidet an Schizophrenie. Sie wurde für 2 Monate in eine Irrenanstalt eingewiesen."



JOSE LUIS SANCHEZ BRAVO

In dieser Zeit sprang sie aus dem Fenster, sie war völlig fertig und konnte keine vernünftigen Gedanken fassen. Ihr Mann findet keine Arbeit. Der achtzehnjährige Bruder war auch für 2 Monate in der Irrenanstalt. Er leidet unter Halluzinationen und traut sich nicht aus der Wohnung. Die Familie besaß vorher zwei Eigentumswohnungen, für die sie ein ganzes Leben gearbeitet hat. Nachdem sie Pesete für Pesete gespart hat, muß sie jetzt alle Möbel verkaufen... Die Faschisten haben nicht nur den Bruder (Luis Sanchez Bravo, Red.) umgebracht, sondern sie haben die ganze Familie fertig gemacht..."

Für die politischen Gefangenen und die Familien Geld zu geben oder sie sonst irgendwie zu unterstützen, ist in Spanien streng verboten und wird als "Unterstützung des Terrorismus" streng bestraft. Dennoch läßt die spanische Arbeiterklasse die verfolgten Klassenbrüder nicht im Stich: Freunde versorgen die Familie mit dem nötigsten, Nachbarn helfen im Haushalt, übernehmen die Kinder usw. Man hilft den Untergetauchten, eine Arbeitsstelle im Haushalt oder in Werkstätten zu finden und vieles andere mehr. Die FUS (Fondo Unido de Solidaridad - Vereinigter Solidaritätsfonds) organisiert die materielle und moralische Unterstützung der Verfolgten und der Familien. Aber gegenwärtig, angesichts der ungeheueren Verschärfung des Terrors wie der rasch zunehmenden Arbeitslosigkeit und der galoppierenden Inflation können bei weitem nicht alle Verfolgten und deren Familien auch nur annähernd versorgt werden. Umso dringender ist die Organisation der internationalen Klassensolidarität, die Organisation der Hilfe im Ausland.



Am 21. 2. dieses Jahres wurde die Tochter des Genossen Sanchez Bravo in einem Lager für politische Flüchtlinge in Paris geboren. Die Mutter gab ihr den Namen Luisa Humberta Ramona nach den Namen ihres Vaters und der beiden anderen ermordeten Genossen der FRAP, Jose Humberto Baena und Ramon Garcia Sanz.

Seit über einem halben Jahr hat die ROTE HILFE mit der FUS und der CUSPE (Vereinigtes Solidaritätskomitee mit den Völkern Spaniens) Solidaritätsaktionen organisiert, die insgesamt mehrere tausend Mark erbrachten. Unsere Aufgabe muß heute sein, diese Hilfe sowohl zu erhöhen, als auch planmäßiger und regelmäßiger zu organisieren. Mit sporadischen Überweisungen an eine Familie in Spanien ist es nicht getan. Die politisch Verfolgten und die Familien müssen fest damit rechnen können, daß ihnen von den ausländischen Antifaschisten regelmäßig geholfen wird. Sie sind auf Leben und Tod darauf angewiesen, daß wir internationale Solidarität praktizieren! Mit dieser Sicherheit, daß sie durch die internationale Solidarität geschützt sind, werden sie den Kampf entschlossener führen können, wissen sie, daß ihre Familien im Falle der Verhaftung, des Lebens in der Illegalität oder im Ausland nicht dem Elend und der Verzweiflung preisgegeben sind.

Deshalb richtet die ROTE HILFE in ihren Ortsgruppen Patenschaften ein. Diese Patenschaften haben zum Inhalt, daß die Ortsgruppen zu einem Gefangenen oder seiner Familie besondere Beziehungen herstellen. Die Ortsgruppe kennt die besondere Geschichte der Familie, ihre Unterdrückung und ihren Kampf. Dies propagieren sie bei jeder Gelegenheit und in den verschiedenen Formen. Die Ortsgruppen sammeln jeden Monat einen bestimmten Betrag, der überwiesen wird. Neben der regelmäßigen Unterstützung sind diese Patenschaften ein hervorragendes Mittel, stets neue Menschen für die internationale Solidarität zu gewinnen.

Die spanischen Volksmassen kämpfen um ihre elementarsten Rechte einen erbitterten Kampf. Die faschistische Polizei überfällt ihre Demonstrationen mit unerhörter Brutalität.



An die C.U.S.P.E.

West-Berlin, 18.5.1976

Liebe Genossen,

Wir geben Euch heute den Betrag von

2. 372, 28 DM.

Der Betrag setzt sich so zusammen:

1. 602, 28 DM aus der Weihnachtshilfe

(Von der Gesamtsumme von 2. 772, 28 DM wurden bereits 1. 170 DM an die FUS übergeben)

730, 00 DM Erlös aus der internationalen Kulturveranstaltung der Liga gegen den Imperialismus, der roten Hilfe, des ASL und der VSK am 23. 4. 1976.

Es lobe die Freundschaft zwischen dem deutschen und dem spanischen Volk!

ROTE DIE INTERNATIONALE SOLIDARITÄT!
SOLIDARITÄT HILFT - LIEBEN - SCHAFFT ROTE HILFE!

Für die rote Hilfe:

Dieter Kunzelmann
(Dieter Kunzelmann)

Viva la Solidaridad Internacional
(C.U.S.P.E.)

Manuelo

Komplot von Somoskeoy und türkischem Faschist

Ende April wurde die Revision von Baha Targün gegen das gegen ihn im Mai 1975 verhängte Terrorurteil von sechs Jahren als "unbegründet" verworfen. Baha Targün wurde nach dieser Entscheidung sofort Anfang Mai vom Gefängnis Köln-Ossendorf nach Duisburg-Hamborn verlegt, wo die rechtskräftig verurteilten Gefangenen nach einem obskuren Auswahlverfahren auf die Gefängnisse von NRW verteilt werden. Aber auch die Gefahr, daß er abgeschoben wird, ist akut.

Der Prozeß gegen Baha Targün war ein Komplot von westdeutscher und türkischer Bourgeoisie, um einen Revolutionsführer auszuschalten, der durch sein unterschiedenes Eintreten für die Interessen der türkischen Arbeiter den Kapitalisten hier und in der Türkei zur Gefahr geworden war. Den westdeutschen Monopolkapitalisten saß noch der Ford-Streik in den Knochen, wo Baha von den Kollagen zum Streikführer gewählt worden war. Mit allen Mitteln versuchten sie, ihn hinter Gitter zu bringen. Ihre Absicht, ihn nach dem Ford-Streik sofort abzuschleppen, war an der von der ROTEN HILFE mit organisierten Klassenolidarität gescheitert. Also fädelte man ein Komplot ein, erhob eine Anklage, auf die mindestens 5 Jahre Gefängnis stehen (räuberische Erpressung in Tateinheit mit gefährlicher Körperverletzung), fand einen türkischen Kleinkapitalisten, zugleich "Opfer" und einziger Tatzeuge dieser absurden Vorwürfe und bestimmte den bewährten Reaktionsär Somoskeoy zum Richter des Prozesses. Das sah dann so aus: der türkische Kleinkapitalist Asöcal, der in Köln ein Import-Export-Geschäft betreibt, behauptete, von Baha Targün um 10 000,- DM erpreßt worden zu sein. Er selbst

habe diese Summe der türkischen Luftwaffe als Anerkennung für die Zypern-Invasion spenden wollen. Um dieser Erpressung Nachdruck zu verleihen, habe Baha ihn nach Düsseldorf entführt, mit Schlägen auf den Kopf verletzt und ihn und seine Familie mit dem Leben bedroht. Dafür gibt es - wie gesagt - keinen anderen Zeugen als Asöcal selbst. Und ihm glaube natürlich Somoskeoy; im schriftlichen Urteilstext werden seitenlang Ausführungen über die Glaubwürdigkeit Asöcals. Allerdings war schon während des Prozesses über ihn bekannt geworden, daß er Verbindungen zu türkischen Geheimdienst und zu faschistischen Organisationen hat.

DER EHRENMANN UND ZEUGE - EIN AKTIVER FASCHIST !

Am 30.3. 1976 war in einer türkischen Zeitung weiter zu lesen, daß er in die Beratungskommission einer Organisation gewählt wurde, die sich MHP nennt und sich zum Ziel gesetzt hat, den "Kampf gegen den internationalen Kommunismus" zu verbessern. Nun erklärt sich auch, wie eine reaktionäre türkische Zeitung in den Besitz von Bildern der Inhaber der Düsseldorf Wohnung kommt, in die Asöcal angeblich entführt worden war, die sie als Fotos von "türkischen Terroristen in der BRD" veröffentlichte. Im Prozeß kam bereits heraus, daß Asöcal diese Bilder bei einem Lokaltermin in dieser Wohnung geklaut hatte; sein "Chauffeur" habe sie dann in die Türkei geschickt.

Den Aussagen Baha Targüns wurde von Somoskeoy kein Glauben geschenkt: Er habe als Begleiter und Manager eines türkischen Volkssängers die Bekanntheit Asöcals gemacht, ihn mit Düsseldorf Freunden bekannt gemacht und mit

Forts. Abschiebung...

dergesetzt ist die Inanspruchnahme von Sozialhilfe jedoch ein Ausweisungsgrund.) In der Entscheidung des Verwaltungsgerichtes heißt es im volksverachtenden juristischen Kauderwelsch: Das Ausländeramt hätte "zu Recht bei seiner Entscheidung dem Verhalten, wie es dem Antragsteller in dem Strafurteil zur Last gelegt wird, und seinem illegalen Aufenthalt... erhebliche Bedeutung zugemessen", denn es müsse "berücksichtigt werden, daß der Antragsteller die dieser (kriminellen) Vereinigung zur Last gelegten Straftaten unterstützt hat, die ihrerseits - worauf das Strafurteil ausdrücklich hinweist - eine erhebliche Gefährdung der allgemeinen Sicherheit und Ordnung darstellt..."

Und in dem Strafurteil heißt es: "Ein weiterer Zweck der Gruppe bestand in der Propaganda für ihre Ziele, um die marxistisch-leninistische Ideologie zu verbreiten und Anhänger insbesondere unter den türkischen Landsleuten zu gewinnen. Für sich genommen ist dies in der Bundesrepublik nicht strafbar, so lange dabei nicht gegen besondere Strafvorschriften verstoßen wird. Eben

ihnen gemeinsam ihm den Vorschlag gemacht, aus dem Erlös einer Kassette von Liedern des Volkssängers Spenden an eine türkische revolutionäre Organisation abzuführen. Bei der Begründung des Urteils wurde von Somoskeoy verschärfend angeführt, daß Baha Targün sich selbst als Marxist-Leninist bezeichne, was für Somoskeoy gleichbedeutend ist mit kriminell. Auf dieser Grundlage wurde ihm die durch ein faschistisches Komplot herbeigeführte Tat angehängt.

Schreibt an Baha Targün!
Goethestr. 3, 51 Duisburg-Hamborn

dies war aber von vorneherein die besondere Absicht der Gruppe (vergleiche die Aservate 2.5, 23.1 und 43). Wie oben bereits dargelegt ist, verstand sie unter Werbung vor allem auch die Beschimpfung aller Andersdenkenden. So sollten insbesondere alle staatlichen Organe, politische Parteien und die Gewerkschaften und die Unternehmern bei jeder sich bietenden Gelegenheit verächtlich gemacht, schwerer Untaten verdächtigt, beschimpft und insgesamt in jeder Hinsicht "heruntergemacht" werden. Wiederum hat sich die Gruppe dieser Zielsetzung getreu bereits entsprechend betätigt, indem Vorkarbeiten zur Gründung von Vereinen und Zeitschriften geleistet sind, welche sich in der vorgeschriebenen Weise weiter betätigen sollten..."

Sieben Jahre und drei Monate Gefängnis, Ausweisung und Abschiebung in die Türkei, wo ihr Leben und ihre Freiheit bedroht ist, das sind die Methoden, mit denen der "freifriedlich-demokratische Rechtsstaat" der BRD sich "antifaschisten und Patrioten vom Halse schaffen will; das ist die "internationale Terroristenbekämpfung", wie sie Bundeskanzler Schmidt in ganz Europa durchsetzen will.

Vor allem ist jedoch zu berücksichtigen, daß die Angeklagten ihre Tätigkeit mit Beendigung der Militärherrschaft in der Türkei keineswegs eingestellt haben. Diese Herrschaft war vielmehr nur ein willkommenes Vorwand, das Treiben der Angeklagten als "Widerstand" gegen den "Faschismus" hinzustellen. So lautet das Urteil eines deutschen Gerichtes dreißig Jahre nach der Niederschlagung des Hitler-Faschismus über den antifaschistischen Kampf der türkischen Patrioten. Dem muß die Einheitsfront der deutschen und ausländischen Arbeiter entgegenzutreten. Aktionseinheit aller Antifaschisten, Demokraten und Kommunisten!

SPENDET FÜR DIE ARBEIT DES KOMITEES "FREIHEIT FÜR HORST MAHLER"

Postcheckkonto: 362 454-100, H. Lehner, PSA Bin W.

Die Anzeige gegen Ruhland (Aktenzeichen 2 PJs 603/76) wurde von folgenden Personen unterschrieben:

- Horst Mahler, Ruth Mahler, Axel Mahler, Wiebke Mahler, Klaus Mahler, Peter Mahler und Ingrid Mahler; Heinrich Albertz, Pfarrer; Dr. Christian Berg, Kirchenrat; Frau BeRays, Pastorin; Jochen Kanitz, Pfarrer; Klaus Wiesinger, Pfarrer; Prof. Dr. Ossip Flechtheim; Prof. Dr. Gerhard Bauer; Dr. Ernst Fuchs, Neurochirurg; Prof. Dr. Helmut Gollwitzer; Dr. Peter Heyer, wis. Dr. PZ; Prof. Klaus Kreimeier; Prof. Helmut Lessing; Ass.prof. Lingenberg (Paris); Prof. Dr. Helmut Neumeuer; Prof. Dr. Julius Posener; Prof. Dr. Gerhard Schneider; Prof. Dr. Walter Warnach; Prof. Dr. Jürgen Zeck; Fritz Busse, Richter am Landgericht; Heinrich Hannover, Rechtsanwalt; Philipp Heinisch, Rechtsanwalt; Dr. Hans-Heinz Heldmann, Rechtsanwalt; Henner Kraetsch, Rechtsanwalt; Harald Loch, Rechtsanwalt; Harald Remé, Rechtsanwalt; Otto Schily, Rechtsanwalt; Hans-Christian Ströbele, Rechtsanwalt; Wolfgang Wieland, Rechtsanwalt; Jean Amery, Schriftsteller; Ingeborg Drewitz, Schriftstellerin; Hans-Magnus Enzensberger, Schriftsteller; Wolf-Dietrich Schmirre, Schriftsteller; Günther Wallraf, Schriftsteller; Klaus-Theo Gärtner, Bundesfilmpreisrichter; Ellen Hammer, Dramaturgin; Michael König, Schauspieler; Wolfgang Kohleder, Regisseur; Elke Petri, Schauspielerin; Frank-Patrick Steckel, Regisseur; Gerd Wameling, Schauspieler; Gilles Ailland, Maler; Incio Fanti, Maler; Nicola Rieti, Maler; Arch. Dr. Ing. M. Kiemle; Heinz Brandt, IG Metall; Dieter Kunzelmann, Rote Hilfe; Hartmut Schmidt, Rote Hilfe; Christian Semler, KPD. u. a.

Freiheit für Horst Mahler



NEUE BROSCHÜRE DER ROTEN HILFE!

Preis: 2.50 DM, 100 Seiten

- Inhalt:
- Die Strafanzeige gegen Ruhland
- Das Wiederaufnahmeverfahren
- Ablehnung als Regel, Erfolg als Ausnahme
- Das Urteil gegen Mahler:
Rechtsbeugung und Gesinnungsjustiz
- 1956-76: Mahlers Weg an die Seite der Arbeiterklasse
- ROTE HILFE tut not
- Das Gesinnungsurteil im Wortlaut
Zu bestellen bei RH 5 Köln 30, Rothehausstr. 1

Bis heute haben folgende Personen die Plattform des Komitees unterzeichnet:

- Architekt Hans Peter Bornemann, Badung; Rechtsanwalt Franz-Wilhelm Gildemeier, Augsburg; Bogdanur Toller Linck, Berlin; Dipl. Ing. Reinhold Dürrenacker, Braunschweig; Klaus Wolfgang Gabel, Rechtsanwalt Hugo Brentzel, Dortmund; Regisseur Wolfgang Kohleder, Berlin; Lehrer Hubert Schomberg; Therapeut Johannes Kuth, Berlin; Regisseur Volker Schlotteroff, München; Publizist Werner Hoffner; Schauspieler Bruno Ganz, Berlin; Rechtsanwalt Wolf-Dietrich Heldmann, Badung; Prof. Reinhard Lottich, von Beyer; Schriftsteller Peter Schulz, Frankfurter; Rechtsanwalt Philipp Heinisch, Berlin; Rechtsanwalt Bernd Eberle, Berlin; Rechtsanwalt Harald Remé, Berlin; Rechtsanwältin Bettina Paezel, Berlin; Schauspieler Gerd Dieck; Ärztin Ingrid Kaeferer, Berlin; wiss. Assistent Hans-Thies Lehmann, Berlin; Rechtsanwalt Frank Siegel, München; Therapeut Axel Reitz, Berlin; Architekt Till Ronte Schulz, Berlin; Dozentin Vladislava Stephan, Berlin; Rechtsanwalt Thomas Weyher, Stuttgart; Schauspielerin Christine Gerstlein, Berlin; Filtschaffender Michele Morache, Zürich; Schauspieler Günter Lange, Berlin; Schauspieler Wolf Redl, Berlin; Schauspieler Gerd Wameling, Berlin; wiss. Assistent Rüdiger Becker, Berlin; wiss. Assistent Helmut Leuten, Berlin; Assistenzprofessor Friedrich Both, Berlin; Prof. Dr. Horst Dowsley, Berlin; Therapeut Jörg Heinrich; Arzt Wolfgang Rosenfeld; Buchhändlerin Rita Helmmann, Berlin; Rechtsanwalt Hans-Joachim Ehrig, Berlin; Industriekaufmann Jürgen Wilt; Erzähler Wolfgang Reulle; Prof. Dr. Julius Kersch, Berlin; Ärztin Anneliese Egloff; Arzt Peter Wollner; Lehrer Karl-Hein Beyer; wiss. Assistent Klaus Schill; Rechtsanwalt Wolfgang Wieland, Berlin; Tierarzt Rolf Becker; Architektin Erienne Renate Haase; Lehrerin Inge Neve; Buchdecker Konrad Griess; Poltschmucker Herbert Holzinger; Versicherungskaufmann Horst Matzke; Kontoristin Sonja Schönberg; Garderobiere Ellen Flögel; Journalist Arnfried Astel, Saarbrücken; Rechtsanwalt Dieter Berthmann, Nürnberg; Ökonom Charles Betteheim, Paris; Architekt Hubert Brinckemper, Berlin; Ökonom Bernard Chavance, Paris; Schriftstellerin Ingeborg Drewitz, Berlin; Schauspielerin Grischa Huber, Berlin; Künstler Erling Kanold; Dr. Ing. Manfred Kiemle, Berlin; Schauspieler Michael König, Berlin; Prof. Dr. Werner Kuzner; Hochschullehrer Rüdiger Lochmann; Rechtsanwalt Henner Kraetsch, Berlin; Zahnarzt Klaus Mahler, Berlin; Küchenmeister Peter Mahler, Berlin; Pastor I.R. Albrecht von Oppen, Berlin; Schauspielerin Elke Petri, Berlin; Schauspieler Werner Rehm; Rechtsanwalt Peter Schöndienst, Berlin; Schriftsteller Günter Wallraf, Köln; Literaturwissenschaftler Bernd Weyergraf, Berlin; Schriftsteller Gaston Salvatore; Prof. Dr. Helmut Neumeuer, Berlin

RESOLUTION

Verurteilung des Kronzeugen Ruhland wegen Falschaussage und Meidung

Karl Heinz Ruhland fungierte in dem Kammergerichtsprozess gegen Horst Mahler 1972/73 als Hauptbelastungszeuge. Wie sich schon in dem Prozeß herausstellte, war Ruhland als Zeuge völlig unglaubwürdig. Mehrere hundert mal hat er sich widersprochen, die Unwahrheit gesagt und zahlreiche Personen fälschlich beschuldigt. Ausschließlich aufgrund seiner Aussage wurde Horst Mahler zu 12 Jahren Gefängnis verurteilt. Dies, obwohl Ruhland zuvor gegenüber fünf Zeugen zugegeben hatte, daß er Mahler zu Unrecht des Diebstahls bezichtigt habe, um selbst Begünstigungen und Strafmindernd zu erlangen.

Wir unterstützen daher die Forderung, den Kronzeugen Ruhland wegen Meidung und vorsätzlicher unrichtiger Falschaussage zu verurteilen, um den Weg für die Wiederaufnahme des Verfahrens gegen Horst Mahler freizumachen.

Name: _____
Beruf: _____
Adresse: _____ Unterschrift

zu senden an:
"Komitee Freiheit für Horst Mahler!" - 1, Berlin 10, Postf. 100 106

Ausbildungsverbot - verschärftes Berufsverbot

Karl Lehner legte bereits 1974 seine erste juristische Staatsprüfung ab. Daraufhin bewarb er sich in Bayern um Aufnahme in den Referendariatsdienst. Vom Oberlandesgericht Bamberg wurde er abgelehnt mit der Begründung:

- er habe für die Rote Zelle Jura und mehrmals für den Kommunistischen Studentenverband kandidiert,
- er sei verantwortlicher Herausgeber des "Roten Kommentars", Organ der Roten Zelle Jura gewesen,
- er habe während des Streiks gegen das Bayerische Hochschulgesetz Vorlesungen gestört und sei deswegen straffällig geworden,
- er trete für die Ziele der KPD ein und propagiere die Notwendigkeit des Kommunismus, der nicht auf friedlichem Weg erreicht werden kann, sondern nur über die Diktatur des Proletariats.

Karl Lehner wurde bis heute nicht in den Referendariatsdienst übernommen. Aber nicht nur im "ach so schwarzen, reaktionären Bayern" wurde er abgelehnt. Auch in den sozialdemokratisch regierten Ländern Berlin und Hamburg wurde ihm die Übernahme in den juristischen Vorbereitungsdienst bisher verweigert.

In Hamburg wurde dies mit Mitgliedschaft in der Liga gegen den Imperialismus ("Im März 1972 sind Sie Mitglied der Liga gegen den Imperialismus geworden") begründet und damit, daß er vom Mai 1975 bis Januar 1976 sich bei mehreren Veranstaltungen der "Roten Hilfe" als Versammlungsleiter bzw. als stellvertretender Versammlungsleiter betätigt hat". Wegen dieses aktiven Einsatzes für Hilfsorganisationen einer verfassungsfeindlichen Partei", die selbst verfassungsfeindliche Ziele verfolgen, könne K. Lehner nicht als Beamter auf Widerruf eingestellt werden. Da nach Ansicht des Oberlandesgerichts von Hamburg bei K. Lehner "genügend tatsächliche Anhaltspunkte vorliegen, daß er die verfassungsmäßige Ordnung auch heute noch bekämpft", kommt für ihn auch eine Einstellung als Angestellter nicht in Frage. Theune, Richter am OLG Bamberg drückte dies so aus: "Für erklärte Verfassungsfeinde gibt es auch kein Recht auf Ausbildung".

Ausbildungsverbot für Kommunisten und fortschrittliche Menschen - das ist ein weiterer Höhepunkt im Abbau der demokratischen Rechte des Volkes. Der Fall Lehner zeigt aber auch: Die Praxis der Berufsverbote sieht in SPD-regierten Ländern genauso aus wie in CDU/CSU-regierten, auch wenn die Regierung noch so laut heruntört, daß der "Radikalenerlaß inhaltlich erledigt" sei.

Ein kommunistischer Student erhält Ausbildungsverbot und kann so z. B. den Rechtsanwaltsberuf nicht ergreifen. Warum?

Die Bourgeoisie hat Angst vor fortschrittlichen Anwälten. Sie hat Angst, daß es diesen Zusammen mit den Angeklagten und vor allem durch die Mobilisierung der Öffentlichkeit gelingt, den Gerichten den Schleier der Objektivität und Gerechtigkeit zu entreißen.

Das Ausbildungsverbot für Karl Lehner muß weg!

DIE SCHANDTAFEL DER KLASSENJUSTIZ

Die folgenden Verfahren und Verurteilungen gegen Revolutionäre und die revolutionäre Presse sind der ROTEN HILFE in den letzten Wochen (8. 5. 1976 bis 23. 6. 1976) bekannt geworden:

- Strafverfahren gegen Gernot Schubert und Karin Wagner, Presseverantwortliche des "Roten Morgen" wegen 21 Ausgaben der Zeitung. Anklage: Volksverhetzung, §90a und Beleidigung. Urteil: Schubert 1 Jahr und Wagner 4 Monate jeweils m. B.
- Strafverfahren gegen Klaus Singer wegen Teilnahme am Roten Antikriegstag 1972 in München. Urteil in der Berufung: 1 Jahr m. B. und 1000.-DM Geldstrafe
- Strafverfahren gegen einen Genossen in Köln wegen "Hausfriedensbruch und Körperverletzung" anlässlich einer VVN-Veranstaltung, bei der DKP-Schläger anfangen, gegen Antifaschisten loszuprügeln. Urteil: 1975.-DM
- Berufungsverfahren gegen Sascha Hachschemi wegen Teilnahme am Roten Antikriegstag in München. Anklage Landfriedensbruch. Urteil: 18 Monate o. B.
- Prozeß gegen 3 Franzosen in Köln, die gegen den Nazi-Mörder Lischka demonstriert hatten. Anklage: Nötigung, Hausfriedensbruch, Sachbeschädigung. (Richter: Kaumanns) Urteile: zwischen 600.- und 4000.-DM Geldstrafe.
- Prozeß gegen 3 ehem. Asta-Auslandsreferenten wegen Hausfriedensbruch anlässlich einer Besetzung des akademischen Auslandsamtes. Urteil: bis zu 4200.-Geldstrafe.
- Berufungsprozeß gegen Uwe Carstensen, ehem. Presseverantwortlicher der Liga gegen den Imperialismus wegen "Beleidigung der Polizei" durch verschiedene Routhier-Flugblätter. Urteil: 1500.-DM
- Strafverfahren gegen einen Genossen wegen "Beleidigung" von Sonderrichter Hasse durch Verteilen eines Flugblattes zum Hirohito-Prozeß. Urteil: 900.-DM
- Strafverfahren gegen Frank Herterich in Frankfurt, Presseverantwortlicher der KPD, wegen eines Flugblattes zu Thomas Hytrek, Anklage: Beleidigung der Polizei. Urteil: 675.-DM
- Strafverfahren gegen Genossen Flörheimer, Presseverantwortlicher einer Soldatenzeitung wegen Wehrkraftzersetzung und Aufforderung zum Ungehorsam Urteil des Amtsgerichts Frankfurt: 120 Tagessätze, insgesamt 1040.-DM.
- Strafverfahren gegen Klaus Weiland in Köln wegen Widerstand und Körperverletzung Urteil: 4 Wochen auf 3 Jahre Bewährung
- Prozeß gegen Peter K. wegen §90a, er hatte sich in einem anderen Prozeß Notizen gemacht(!). Urteil: 600.-DM Geldstrafe.
- Prozeß gegen W. Walter, Presseverantwortlicher der KPD/ML in Hamburg wegen Flugblättern zu G. Routhier. Urteil: 4000.-Geldstrafe
- Prozeß gegen Klaus Kercher wegen Teilnahme am Roten Antikriegstag 1972 ("Landfriedensbruch und Widerstand") Urteil: 16 Monate o. B.
- Prozeß gegen 10 Genossen in Nürnberg wegen "Widerstand" u. a. beim Flugblattverteilen gegen eine Polizeischau. Urteil: zusammen 7500.-Geldstrafe und 2 Wochen Jugendarrest.
- Prozeß gegen 2 Teilnehmer der Maidemonstration der KPD in Dortmund 1975 wegen "Körperverletzung und Widerstand" nach einem Polizeieinbruch. Urteil: Geldstrafen

Das ergibt zusammen für den Zeitraum von 6 Wochen Geldstrafen von mehr als 27 990.- DM und Haftstrafen von 2 Jahren, 5 Monaten und Bewährung, 2 Jahren und zehneinhalb Monaten ohne Bewährung!

MODERNE RICHTERTYPEN*



(2) Der Bonner Amtsrichter Hasse

PERFEKTE WANDLUNG

Es war einmal ein junger Richter. "Wir jungen Richter", so schrieb er, "sollten uns bemühen besseres Recht zu sprechen."

"Wer, wenn nicht wir Richter, besitzt die Unabhängigkeit, um die Lügen und die Scheinheiligkeit des Establishments zu zerzetzen und die Freiheit und Würde des Menschen zu schützen." +)

Beschwörend mahnte er seine Kollegen, sich "das erforderliche Bewußtsein" zu verschaffen, um nicht "demonstrierende Studenten für eine Verwendung im Staatsdienst ungeeignet und Marcuse für den Helden eines Horrorfilms" zu halten, nicht "die empfindsame Ehre hochgestellter Persönlichkeiten drei- bis viermal so hoch zu veranschlagen wie den Verlust des Beins eines Unfallopfers."

Mutig prangerte er an, daß der Richterstand "Sondergerichte und Volksgerichtshof aus seinem Bewußtsein verdrängt hat" und "einigen besonders exemplarischen toten Bösewichtern die gesamte Unrechtspraxis von 12 Jahren Nazi-Justiz" anhängt. Seiner Ansicht nach hat die Justiz von 1933-45 und auch schon früher (!) insgesamt (!) versagt. Er wettet gegen den "alten Kasernenhofstolzen in den Gerichtssälen", gegen die "den Angeklagten entnervende Kumpanei zwischen Strafrichter und Staatsanwalt", gegen die "alte Abneigung gegen Sozialisten". Er beschwert sich, daß "die weltweite Unruhe, die die intellektuelle Jugend erfährt hat - ein Zeichen der Hoffnung" in den Kreisen der jungen Juristen und Referendare nicht zu spüren ist ...

Eigentlich fing er ganz hoffnungsvoll an, voller Ideale und Weltverbesserungseifer damals 1968!

Heute ist Richter Fritz Hasse Vorsitzender eines Sondergerichts für politische- und Demonstrationsdelikte am Amtsgericht Bonn - Sonderdezernat XXVII. Angeklagte,

die dieses Gericht "Sondergericht" nannten, wurden von ihm "in alter Kasernenhofsmänier" mehrere Tage in Ordnungshaft gesteckt. Angeklagte, die seine "entnervende Kumpanei" mit Staatsanwalt und Polizeizeugen angriffen, erlitt das gleiche Schicksal.

Mit 60 Verfahren gegen kommunistische Studenten hatte er sich bis zum Jahre 1975 zum Sonderrichter qualifiziert. Seine erste Amtshandlung als Sonderrichter war die Durchführung des Hirohito-Prozesses, in dem es um die "empfindsame Ehre" eines alten Faschisten und Kriegsverbrechers ging. Beweisanträge über die Taten dieses Faschisten, gegen dessen Deutschlandbesuch die nun Angeklagten demonstriert hatten, wurden von Hasse mit folgender Begründung abgelehnt:

"Die Frage speziell nach einer etwaigen Kriegs- und/oder Kriegsverbrechershuld Kaiser Hirohitos von Japan muß dahingestellt bleiben, da das Schöffengericht in Bonn nicht die Kompetenz und nicht die Möglichkeit besitzt, diese Frage ... zu klären. ... Ob seiner Majestät, Kaiser Hirohito von Japan, für ihm persönlich zuzurechnende Handlungen in den Jahren 1931-45 der Vorwurf des Kriegsverbrechens angesetzt werden kann, ob die Politik Japans in dieser Zeit, wie die Politiken Deutschlands unter der Führung Hitlers und Italiens unter der Führung Mussolinis faschistisch genannt werden muß ... kan deshalb als für die Entscheidung unerheblich dahinstehen."

Kompetent genug fühlte sich Hasse nur, darüber zu entscheiden, daß der Prügelsinsatz der Polizei, der mit der Begründung durchgeführt wurde, die Bezeichnungen Kriegsverbrecher und Faschist seien Beleidigungen eines ausländischen Staatsoberhauptes, auf alle Fälle rechtmäßig gewesen sei. Heute hat Hasse es mit der Jugend zu tun, die die weltweite Unruhe gegen den Imperialismus erfährt hat. 3 Monate Gefängnis für Teilnahme an der Hirohito-Demonstration und ungezählte weitere Urteile in dieser Richtung - das sind seine Reaktionen auf diese Begegnungen. Richter Hasse war angetreten, die "Lüge und Scheinheiligkeit des Establishments zu zerzetzen". Doch sein bürgerlich-progressives Geschwätz aus den späten 60er Jahren, und mag es noch so ehrlich gewesen sein, blieb nur ein zartew Pflänzchen, das im aufblühenden Klassenkampf schnell verwelkte. Klassenrichter bleibt Klassenrichter - nur weiß Hasse eben besonders gut, was er tut!

+dieses und alle weiteren Zitate aus: RASEHORN, OSTERMEYER, HASSE, KUHN "Im Namen des Volkes?", Luchterhand 1968

* "Wenn sich der moderne Verbrecher zum Typ des rücksichtslos seine Umwelt zerstörenden Politkriminellen wandelt, muß sich auch der moderne Richtertyp wandeln." (Kölnische Rundschau zum Mahler-Prozeß)

SPENDEN FÜR DEN RECHTSHILFEFONDS

(Spenden von April bis Juni 1976)

RH Bayern 400.- DM, U. S. /Berlin 100.-DM, E. M. /Rheinbrol 20.-DM, RH Bremen 109.08 DM, RH Aachen 40.-DM, RH Nürnberg 300.-DM, J. L. /Braunschweig 10.10 DM, RH Bayern (1. Mai) 300.-DM, RH Augsburg (RH-Tag) 130.- DM, RH Frankfurt (15. 5. -12. 6.) 608.01 DM, RH Dortmund (1. Mai) 783.61 DM, RH Dortmund (Mahler-Veranstaltung) 96.05 DM, Kinder aus Aachen 15.- DM, RH Dortmund 44.79 DM, R. R. /Burgsinn 30.- DM, RH Frankfurt 484.34 DM, RH Bayern 1200.- DM, R.-D. H. /Berlin 65.- DM. ZUSAMMEN: 4735.98 DM

ROTE HILFE-Rechtshilfe
Kto.13 2072 63 00 BfG Köln

Neuer Staatsschutzprozess gegen die KPD

Am 28. 6. fand in Köln ein Prozeß gegen Willi Jasper, verantwortlicher Redakteur der Roten Fahne, statt. Angeklagt war die Rote Fahne vom 26. 3. 75 in der die Polizei morden an Günther Routhier, Manfred Rohs und Erich Dobhardt angeprangert wurden. Zunächst war eine Geldstrafe von 3600,-DM verhängt worden, dann wurde nach § 90a angeklagt. Der Richter sah sich gezwungen den Prozeß vorläufig einzustellen, weil in Duisburg eine neuerliche Anzeige von Frau Routhier gegen die Polizistschläger vorliegt, die sich auf eines neueres medizinisches Gutachten stützt, wonach die Mißhandlungen durch die Polizei zum Tod von Günther Routhier geführt haben. Die Klassenjustiz ist eindeutig in die Defensive geraten, was erreicht wurde durch die hartnäckige Propagandaarbeit der ROTEN HILFE und anderer revolutionärer Organisationen. In die Front gegen die Justizwillkür bei den Routhier Prozessen haben sich in der letzten Zeit auch zahlreiche demokratische Persönlichkeiten des In- und Auslandes eingereiht. Nachdem schon dutzende wegen der gleichen Sache verurteilt wurden, suchen sich die Richter jetzt eine Atempause zu verschaffen.

Dem Kölner Staatsanwalt Kniepe war dieser Ausgang zuwider. Es ging nicht an, daß immer neue Prozesse gegen die kommunistische Presse nicht abgeschlossen werden könnten, "nur" weil immer neue Anträge gegen ein "abgeschlossenes Verfahren" gestellt würden. Schon die Bezeichnung "Mord" allein sei eine Formalbeleidigung und müsse zur Verurteilung führen. Die Anwälte wies ihn darauf hin, daß auch er Mord als Mord bezeichnet, wenn er Anklage erhebt und von dem Tatbestand überzeugt sei und fetzte so die Ergüsse seines Polizeihirns vom Tisch.

Werdet Mitglied der ROTEN HILFE!

..., 28. 5. 76

Liebe Genossen!
Mit diesem Brief schicke ich Euch meine Beitrittserklärung in die Rote Hilfe! Obwohl ich seit langen Jahren aktives Mitglied der Liga gegen den Imperialismus und Freund der KPD bin, war mir die Rote Hilfe und die Mitgliedschaft in ihr nie so wichtig erschienen. Erst der Kampf des Komitees Freiheit für Horst Mahler, der ja von euch und der Partei unterstützt und angeführt wird, hat mich von der Wichtigkeit der Roten Hilfe überzeugt. Wer, wenn nicht das Proletariat selbst und alle fortschrittlichen Kräfte, sollen Freunden und Genossen helfen, die, wie Horst Mahler, von der bürgerlichen Klassenjustiz zu unrecht eingesperrt werden?

Am 5. 7. soll in Dortmund der seit langem vorbereitete Staatsschutzprozess gegen Thomas Luczak, Presseverantwortlicher der KPD in NRW beginnen. Bei diesem Prozeß handelt es sich um ein Sammelverfahren, in dem verschiedene Flugblätter, u.a. der Wahlauftritt der KPD für die Landtagswahlen von 1975, zugrunde gelegt werden.

Erst vor kurzem erklärte der NRW-Justizminister Posser auf einer Podiumsdiskussion in Schweden gegen den Abbau demokratischer Rechte in der BRD, daß hier Meinungsfreiheit bestünde und verlas ein Zitat aus dem Programm der KPD und behauptete, so etwas dürfe man im "Rechtsstaat BRD" ungestraft sagen und schreiben. Justizminister Vogel äußerte am 30. 5. im Deutschlandfunk: "Wer die Grundprinzipien dieser Ordnung durch ein anderes System - etwa durch ein System im Sinne des Marxismus-Leninismus ersetzen will, der kann seine Meinung bei uns frei äußern..."

Schon auf der schwedischen Podiumsdiskussion wurde Posser der Lüge überführt, indem der schwedische Schriftsteller Jan Myrdal ein kurzes Stück aus dem Text der 14. Strafrechtsänderung vorlas, in dem ganz deutlich die Meinungsäußerung der Kommunisten über diesen Staat zur kriminellen Handlung erklärt wird, die mit Gefängnis bis zu drei Jahren bestraft werden kann. Aber nicht erst die 14. Strafrechtsänderung schafft die Möglichkeit, Kommunisten wegen ihrer Gesinnung vor Gericht zu bringen. Zahlreiche Prozesse gegen kommunistische Redakteure beweisen das. Sie werden nach dem aus dem Hitler-Faschismus übernommenen

Staatsschutzparagrafen 90a angeklagt - Beleidigung und Verunglimpfung der BRD und ihrer verfassungsmäßigen Organe, wie z. B. der Polizei. Auf dieser Grundlage wird auch Thomas Luczak vor Gericht bestellt. Angeklagt werden z. B. Flugblätter, in denen der Tod des kommunistischen Arbeiters G. Routhier als Polizeimord bezeichnet wird. Angeklagt werden Flugblätter mit der Überschrift: "Nach der Lorenz-Entführung: Hetze gegen Kommunisten - SPD und CDU verschärfen ihren reaktionären Kurs" oder "Betriebsarbeiter und Arbeitslose: Heraus zur Demonstration gegen Arbeitslosigkeit und politische Unterdrückung!"

Allein diese Anklage zeigt, daß Vogel und Posser zur Täuschung der Öffentlichkeit im In- und Ausland bewußt lügen. Die Verfolgung der revolutionären Presse ist bereits die tägliche Praxis von mittlerweile hunderten von Prozessen auf der Grundlage des § 90a. Was in der sozialfaschistisch entarteten DDR schon länger Praxis ist, hat eine sozialdemokratisch geführte Regierung in den letzten Jahren aus dem Arsenal ihrer anti-kommunistischen Kampftradition hervorgeholt. Deshalb müssen die Prozesse gegen kommunistische Redakteure und Presseverantwortliche zu Tribunalen gegen die politische Unterdrückung gemacht werden! Alle Gegner der politischen Unterdrückung, alle Demokraten, Antifaschisten und Kommunisten müssen die Stimme des organisierten Protestes gegen diese Prozesse erheben.

Freispruch für Thomas Luczak!
Beispielhaft für das, was ein Staatsanwalt besonders "verunglimpfend" findet, zitieren wir die im Wahlauftritt der KPD beanstandeten Passagen: (Unterstrichungen durch den Staatsanwalt)

Die jetzigen Volksvertreter von SPD bis CDU, die da im Landesparlament hocken, ... sie treibt nur ein Interesse: den kapitalistischen Staat um jeden Preis erhalten, den Kapitalisten die Profite sichern...

Die Redakteure und Presseverantwortlichen unserer Zeitungen und Flugblätter, Christian Semler und Thomas Luczak haben Geldstrafen von tausenden Mark, weil sie diesem Staat einen Ausbeuterstaat, die Weverpolizei eine Schlägerbande und das System der BRD eine Diktatur der Monopole genannt haben. In seinen Angriffen auf die kommunistische Presse schlägt dieser Staatsapparat wild um sich, fern allen gesetzlichen Bestimmungen einzig um die Verbreitung der Wahrheit und die Propagierung der Kämpfe der Arbeiterklasse und des Volkes für den Sozialismus unmöglich zu machen...

...Eine Million Arbeitslose sind ein millionenfacher Schrei gegen das kapitalistische Ausbeutersystem...

Solange die Betriebe nicht denen gehören, die die Werte schaffen, solange das Land nicht denen gehört, solange der Reichtum weniger die Ausplünderung der Billionenmassen hervorbringt, solange Polizei und Justiz in den Händen der Herrschenden

das Volk knebeln - solange wird sich nichts grundlegend ändern.

Die Demokratie, die Kühn und Köppler vertreten ist die Demokratie der Ausbeuter. Die Arbeiter und Werktätigen brauchen keine Republik der Knechtschaft...

Wir haben in den letzten Jahren in NRW erfahren, was diese "wehrhafte Demokratie" bedeutet: Ausrüstung der Polizei mit schweren Waffen, Polizeiübungen zur Niederschlagung von Streiks und Volksaufständen, Morde an Arbeitern...

Die geringsten demokratischen Rechte: sich zu versammeln, öffentlich seine Meinung zu sagen, vor Betrieben und auf Strassen Flugblätter zu verteilen oder: seine Verteidiger vor Gericht frei zu wählen, in Gerichtssälen Öffentlichkeit zu haben, seine politische Gesinnung frei zu äußern, seine Rechte werden ausser Kraft gesetzt, wenn Arbeiter, fortschrittliche Intellektuelle, wenn unsere Partei diese Rechte in Anspruch nehmen will.

Und die Volksvertreter, von denen Lenin schon treffend sagte, dass sie "Volksvertreter" sind, klatschen zu der politischen Unterdrückung und Unterdrückung des Volkes bei, fordern einen starken Staat...

Diesen Kampf muß jeder aufrechte Demokrat und Kommunist unterstützen. Es ist mir leider momentan nicht möglich, mehr als 3.-DM monatlich für die Rote Hilfe zu spenden, da ich Bundeswehr-Soldat bin, und auch noch Liga-Betrag und eine Spende für die Partei pro Monat zahlen muß.

Ich versichere aber, daß ich mehr spenden werde, sobald es mir möglich ist. Freiheit für alle politischen Gefangenen! Freiheit für Horst Mahler! Solidarität hilft siegen! Schafft Rote Hilfe! Rot Front!

PS: Schickt mir bitte die Anstecknadel der Roten Hilfe. Auch noch Vordrucke für die Unterschriften für die Strafanzeige gegen Ruhland. Das Geld überweise ich sofort!

Bestellschein

Ich bestelle ab die
ROTE HILFE - Zeitung zum Abonnementspreis von

halbjährlich DM 4.80
jährlich DM 9.60
Förderabonnement (Jährl.) DM 20.00

Das Geld habe ich im Voraus auf das Vertriebskonto der ROTEN HILFE
PSchA Köln Nr. 59811-504 überwiesen.

Name
Adresse
Beruf
Unterschrift

(Einsenden an: ROTE HILFE, 5 Köln 30 Rothehausstr. 1)

Beitrittserklärung

Ich möchte Mitglied der ROTEN HILFE werden.

Ich erkenne Programm und Statut an und verpflichte mich, monatlichDM Mitgliedsbeitrag zu zahlen.

Name
Wohnort
Straße
Beruf
Alter

Unterschrift
(Einsenden an ein ROTE HILFE-Büro)

Hrg. Zentralvorstand d. ROTEN HILFE
Verantw. i. S. d. P. Ges.: Hartmut Schmidt
5 Köln 30 Rothehausstr. 1

SCHAFFT ROTE HILFE SCHAFFT ROTE HILFE

Wendet Euch an die **ROTE HILFE**

Zentrale: 5 Köln 30, Rothehausstr. 1 (0221/523290)tägl. 18-19 Uhr
Landesvorstand NRW: 46 Dortmund, Burgholzstr. 13 (0231/813763) Fr. 18-19 Uhr

Ortsgruppe Dortmund: Burgholzstr. 13, Mi. ab 19 Uhr
OG Köln: "Drügge Pitter", Venloer/Lessingstr. Mo. ab 19.30 Uhr
Lessen:

OG Frankfurt: Schleiermacherstr. 40 (0611/495738) Mi. ab 17 Uhr
Landesvorstand Bayern: 8 München 80, Milchstr. 21 (089/483597)
OG München: Milchstr. 21, Mi. 17-19 Uhr
OG Augsburg: A-Oberhausen, Eichlerstr. 1, Fr. 20-22 Uhr
OG Nürnberg: 85 Nürnberg, Sperberstr. 21, Do. 19.30 Uhr
Landesvorstand Nord: 2 Hamburg 30, Ottensen Marktplatz 7, (0410/392673) Do. Fr. 17-19 Uhr
OG Hamburg: "Im Bierhaus", Schulterblatt 3, Do. 19 Uhr
OG Bremen: Bremen-Walle, Gustavstr. 21, Mi. 17.30-19 Uhr
Komitee Hannover: Göttinger Str. 58 (KJVD) Mi. 17.30-19 Uhr
Landesvorstand Westberlin: 1 Berlin 65, Badsr. 38 (030/4935012)
OB Moabit: Oldenburger Str. 22 (Laden), Mi. 20-22 Uhr
OG Wedding: Soldiner Str. 68 (Laden), Mi. 19 Uhr
OG Kreuzberg: Leuschner Damm/Waldemarstr., Mi. 19 Uhr
OG Neukölln:

Ortsgruppe Stuttgart: Cannstadt, "Neckartal", Wilhelmstr., Fr. 20 Uhr

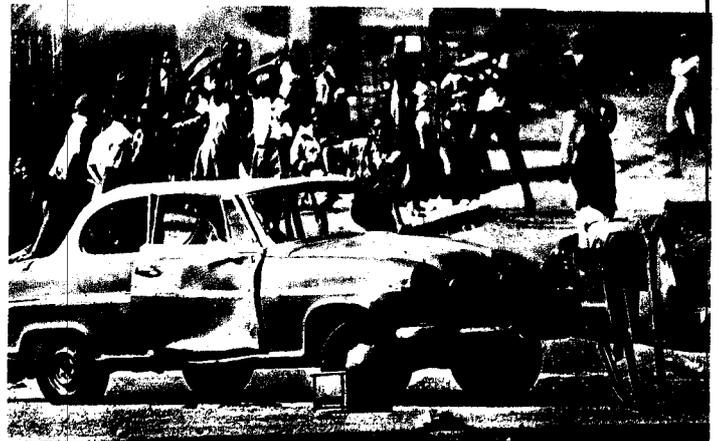
SCHAFFT ROTE HILFE SCHAFFT ROTE HILFE

Polens Arbeiterklasse balt die Faust

FORTS.

Die polnischen Arbeiter aber zögerten keine Stunde, gegen diese Ausplünderung Klassenaktionen zu organisieren. Am 25. Juni wurde in verschiedenen Betrieben und Städten gestreikt, so z. B. im Traktorenwerk der Stadt Ursus. Die Arbeiter führten Versammlungen durch und blockierten die Eisenbahnlinie nach Warschau. Polizei und Feuerwehr wurden zur Fabrik kommandiert, wagten aber nicht, einzugreifen. Durch die sofort verhängte Nachrichtensperre, versuchte die Regierung die Kampfkraft in anderen Städten totzuschweigen. Aber die Töne, mit denen sie die Tage darauf gegen die Arbeiter hetzte, lassen Rückschlüsse auf schärfste Auseinandersetzungen zu. Da war die Rede von "Canoven" und "Rowdys", von "schädlichen Aktionen der Anarchie und des Vandalismus". Diese Hetzreden sind nur allzu bekannt aus den Tagen nach dem heldenhaften Arbeiteraufstand von 1970. Von den Ostseehäfen ausgehend ergriff damals eine revolutionäre Bewegung die Arbeiter im ganzen Land. Unmittelbarer Anlaß waren auch damals Preiserhöhungen bei den Lebensmitteln, aber die Arbeiter hatten erkannt, daß der Verrat der revisionistischen Regierungspartei und ihre Kettung an die Super-Ausbeuter im Krem für ihre schlechte Lebenslage verantwortlich

war. In verschiedenen Städten griffen sie die Häuser der revisionistischen Partei an und steckten sie in Brand. In Stettin kam es zu einem 3-tägigen Generalstreik. Die revisionistische Clique um den damaligen Regierungschef Gomulka setzte Militär gegen die Aufständischen ein und erstreckte den Aufstand in Arbeiterblut. Auch damals sollen es "Banditen", "asoziale und kriminelle Elemente" gewesen sein, die die Kampfkraften führten. Aber die Heldentaten der Ermordeten vom Dezember 1970 lebten fort und trugen zum Zusammenschluß der proletarischen revolutionären Kräfte bei. So wußte Giersek, daß er heute mit den Preiserhöhungen ein gefährliches Spiel spielen würde. Der standhafte Kampf der Arbeiter zerschlug seine Ausbeuterpläne. Der den Preiserhöhungen zugrunde liegenden Beschluß wurde schnell in einen "Vorschlag" umgedeutet, der "noch diskutiert" werden solle. Giersek blieb nur, auf seinem jämmerlichen Rückzug immer wieder seine "Bereitschaft zur Diskussion" und den "demokratischen Charakter" seiner Diktatur zu beteuern. Diese Tage haben einmal mehr gezeigt: Die polnische Arbeiterklasse hat die Heldentaten vom Dezember 1970 im Herzen bewahrt, sie hat den Mut zu kämpfen und ihren Unterdrückern die Stirn zu bieten. Die Giersek-Clique, diese Lakaien Breschnevs sind feige und geraten in immer tiefere Schwierigkeiten. Wie sollten sie ein Volk, das Unabhängigkeit, Freiheit und Sozialismus will, auf ewig niederhalten können!



Soweto, Juni 1976

Das schwarze Afrika hat sich erhoben

Heute ist Azania für die große Mehrheit seiner Bevölkerung, die Afrikaner, ein Gefängnis. Die weißen Rassisten üben ihre Herrschaft mit unerbittlicher Brutalität aus, die sich durch den Siegeszug der afrikanischen Nachbervölker noch verstärkt. Die Rassisten wissen, daß sie mit dem Rücken zur Wand stehen.

Die Kinder der schwarzen Arbeiter sind für sie nur die kämpferischen Erben des afrikanischen Befreiungskampfes gegen Kolonialismus und Imperialismus, in ihnen sehen sie ihre Totengräber, und so zögerten sie nicht, unter den tausenden demonstrierenden Jugendlichen von Soweto, einer Vorstadt von Johannesburg, ein entsetzliches Blutbad anzurichten. Mehr als hundert unbewaffneter Demonstranten wurden ohne Warnung erschossen, etwa tausend wurden verletzt. Kaum einem der afrikanischen Völker ist die mörderische Raseret der Kolonialherren erspart geblieben, aber sie ist seit jeher ein Zeichen für ihren nahen Untergang. Die Toten von Soweto werden diese Lehre in das Buch von der Geschichte der Befreiung Azanias einbrennen: Nur der bewaffnete, langandauernde Volkskrieg gegen die Unterdrücker bringt die endgültige Befreiung des Volkes.

Nur Tage nach den grausamen Mordtaten trafen auf dem Boden der Bundesrepublik die Hauptverantwortlichen, Ministerpräsident Vorster und der Außenminister Müller auf einige Herren, die ihnen nahe stehen: Kissinger, Schmidt, Genscher. Die "Kritik" die diese an der rassistischen Herrschaft in Azania äußerten ist ein taktische Manöverkritik, so als wollten sie angesichts des massenhaften Mordens sagen: Reiß Dich zusammen, Vorster, jetzt nicht den Kopf verlieren, schließlich wissen wir ja, was wir an Dir haben und gemeinsam schaffen wir es schon.

Die Bundesrepublik ist nämlich der größte Handelspartner der südafrikanischen Rassisten. Der Umfang der industriellen

Verkaufseinrichtungen sowie als Mitglieder der Leitungen der Partei und Massenorganisationen bereits gesellschaftlich tätig waren. Das sind 13,1% der Einwohner bzw. 17% der arbeitsfähigen Bevölkerung der Stadt. In jedem der vier Wohnbezirke standen also 300 bis 400 Bürger zur Verfügung, die in verschiedenen Gremien auf dem Gebiet von Ordnung und Sicherheit bereits aktiv mitarbeiteten.

Diskussionen gab es über Strukturfragen und die Rolle der Abgeordneten bei der Leitung der Bewegung für vorbildliche Ordnung und Sicherheit. Untersuchungen führten zu dem Ergebnis, daß die Wohnbezirksausschüsse der Nationalen Front bei einer Einwohnerzahl von 2500 bis 3000 nicht in der Lage waren, die Verantwortung für die Gewährleistung von Gesetzlichkeit, Sicherheit, Ordnung und Disziplin im erforderlichen Maße wahrzunehmen. Deshalb mußte eine Organisationsform gefunden werden, die kleiner ist als der Wohnbezirk. Diese Organisationsform sind sog. Sicherheitsbereiche, die einzelne Abschnitte des Wohnbezirks mit rd. 250 bis 350 Einwohnern umfassen. Insgesamt wurden in der Stadt 29 Sicherheitsbereiche gebildet.

Investitionen (1975: 4 Milliarden DM) wird nur noch vom USA-Imperialismus übertroffen. In den Millionen-Summen, die so jährlich aus Azania herausgesaugt werden ist gewissermaßen der Mietpreis für die ausländischen Konferenzstätten Vorster mit enthalten. So führte er auf dem Boden der Bundesrepublik eine Konferenz mit seinem sämtlichen Botschaftern auf der nördlichen Welthälfte durch, traf auf Kissinger, mit dem er eine Überlebensstrategie ausarbeitet und traf in Schmidt und Genscher auf die Garanten seines lebhaften wirtschaftlichen Austausches mit dem BRD-Imperialismus. Welches andere Land außer der BRD und den USA (hierhin wollte man Vorster mit Rücksicht auf die nahe Wahl und die Stimmen der Schwarzen nicht bestellen) hätte dem Mörder von Soweto Gastfreundschaft gebracht? Allein die Bundesrepublik entschließt sich, ihm diplomatische Rückendeckung zu geben und geht einen Schritt weiter auf dem Weg, auf dem sie auch schon den Henker aus Saigon, Thieu, in der Stunde seines nahenden Unterganges im Jahre 1973 empfangen hat. Einmal mehr hat diese Regierung bewiesen, daß sie zu den hinterhältigsten Feinden der um ihre Freiheit ringenden Völker gehört.

Die Revolte von Soweto war ein Zeichen, daß die schwarze Bevölkerung entschlossen ist, die rassistische Unterjochung nicht länger zu dulden. Das Vorster-Regime und seine internationalen Komplizen müssen vollständig isoliert werden! Das Volk von Azania braucht unsere brüderliche, internationalistische Hilfe!

Diese Maßnahmen zur Kontrolle und Bespitzelung der Werktätigen stellen Hitlers Blockwartssystem in den Schatten. Nicht umsonst wird eine solche Unterdrückungsmaschine in einer Stadt wie Leuna ausgebaut, wo das Industrieproletariat konzentriert ist und wo die Sozialfaschisten den Geist des revolutionären Klassenkampfes niemals werden auflösen können

HAUSBUCHBEAUFTRAGTE, SICHERHEITSBEREICHE... eine sozialfaschistische Unterdrückungsmaschine

Die Rote Fahne, Zentralorgan der KPD, veröffentlichte jüngst einen Auszug aus einer juristischen Fachzeitschrift der DDR. Der SED-Bürgermeister der Industriestadt Leuna, Walter Bauer, und ein Professor Dr. sc Günter Lehmann von der Sektion III an der Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft der DDR berichten über "Erfahrungen aus der Stadt Leuna" betreffend die "Gewährleistung von Gesetzlichkeit, Ordnung und Sicherheit in den Städten". Aus jedem ihrer Worte spricht der Haß der Sozialfaschisten, der sich gegen jede Störung ihrer "Ordnung" und "Gesetzlichkeit" -sprich gegen jeglichen Widerstand gegen ihre Herrschaft richtet.

Schritt 1 war die Koordinierung der staatlichen Organe und ihrer von der SED beherrschten Hilfstruppen:

"Die Verwirklichung der Partei- und Staatspolitik zur weiteren Festigung der Gesetzlichkeit, Sicherheit, Ordnung und Disziplin hängt in entscheidendem Maße von einer kontinuierlichen, zielstrebigem, lebendigen und ideenreichen politischen Führungs- und Leitungstätigkeit in den Betrieben, Wohngebieten, Gemeinden und Städten ab. In der Stadt Leuna (Kreis Merseburg) haben die Stadtverordnetenversammlung und ihre Organe nach geeigneten Wegen gesucht, um ihrer in §§ 2 Abs. 6, 68 GGV generell begründeten Verantwortung für die strikte Einhaltung der sozialistischen Gesetzlichkeit, für die Festigung von Ordnung und Sicherheit im Territorium gerecht zu werden. Vor allem galt es, über eine wirksamere Zusammenarbeit der Stadtverordnetenversammlung und des Rates der Stadt mit anderen Staats- und Wirtschaftsorganen, den Justiz- und Sicherheitsorganen, den gesellschaftlichen Organisationen, den Ausschüssen der Nationalen Front, den Betriebskollektiven und allen ehrenamtlichen Kräften im Territorium größere und koordiniertere Aktivitäten der Werktätigen in den Wohngebieten zu erreichen. So z. B. arbeiten Betriebsleitungen, Polizei und Stadtverwaltung zusammen:

Der Rat der Stadt erhält vom Betriebschutzamt Leuna und vom Volkspolizeikreisamt Merseburg Sofortinformationen über Straftaten und andere Rechtsverletzungen an denen Bürger der Stadt beteiligt sind. Das Kreisgericht Merseburg informiert über wichtige Familienrechts- und Arbeitsrechtsprobleme, der Kreisstaatsanwalt über Strafverfahren. Damit

ist der Rat der Stadt jederzeit in der Lage, Straftaten, andere Rechtsverletzungen sowie Rechtskonflikte der Bürger der Stadt zu analysieren und rechtzeitig Maßnahmen zur Beseitigung von beginnenden Bedingungen einzuleiten. Dann sollten in Schritt 2 die Bürger einbezogen werden in die "Beseitigung von beginnenden Bedingungen" von Straftaten, z. B. wenn einer seiner Meldepflicht nicht nachkommt:

In Aussprachen mit den insgesamt 698 Hausbuchbeauftragten der vier Wohnbezirke wurde darüber beraten, wie auch in dieser Funktion zur Festigung von Ordnung und Sicherheit beigetragen werden kann. Dazu gehört z. B., auf die Einhaltung der Meldeordnung zu achten, die Wiedereingliederung der Haftentlassenen und den Erziehungsprozeß der auf Bewährung Verurteilten zu unterstützen und zu einem rechtzeitigen Erkennen und Überwinden von Anzeichen sozialen Verhaltens beizutragen. Das Netz der Bespitzelung soll enger geknüpft werden:

Bereits in der Anfangsphase zur Schaffung von "Bereichen der vorbildlichen Ordnung und Sicherheit" konnten sich Stadtverordnetenversammlung und Rat der Stadt auf 1441 Einwohner stützen, die in der Stadt Leuna als Abgeordnete, Mitglieder der ständigen Kommissionen und ihrer Aktivs, Angehörige der Freiwilligen Feuerwehr, Hausbuchbeauftragte Freiwillige Helfer der Deutschen Volkspolizei, Mitglieder der Ausschüsse der Nationalen Front und der Elternvertretungen in den Schulen und Kindergärten, als Mitarbeiter der Sicherheits- und Justizorgane, als Mitglieder der Konfliktkommissionen und Schiedskommissionen, der Kundenbeiräte und Ausschüsse der

BULLETIN Nr. 3/76
der INDOCHINA - HILFE erschienen

Dieses Bulletin enthält Berichte über den Aufbau des befreiten Kampuchea, wichtige politische Dokumente der Regierung des demokratischen Kampuchea und eine ausführliche Widerlegung der zügellosen Pressehetze.

Es ist für DM 2,- erhältlich über:
INDOCHINA-HILFE, Zugweg 10
5 Köln 1